

Ostpreußen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und die Ansiedlung der Salzburger Emigranten*

Von Gerhard Brandtner

Die Zeit vor dem 18. Jahrhundert

Das Land, von dem hier berichtet wird, ist Kolonialland. Ein kurzer Rückblick in die Zeit vor dem 18. Jahrhundert soll dies erläutern. Im 13. Jahrhundert haben die „Brüder des Deutschen Hauses St. Mariens zu Jerusalem“¹, besser bekannt unter dem Namen „Deutscher Orden“ oder kurz „Ritterorden“, das Land der Prußen erobert, eines Volksstamms der baltischen Völkergruppe. Der militärischen Besitzergreifung folgte eine Besiedlung des Landes durch mitteleuropäische Bauern, vorwiegend aus dem niederdeutschen und mitteldeutschen Raum². Von der Küste ausgehend und den Flüssen folgend, wurde etwa die westliche Hälfte des späteren Ostpreußen besiedelt, wobei durchaus erhebliche Teile der Ursprungsbevölkerung – der erwähnten Prußen oder Alten Preußen – nach ihrer Bekehrung zum Christentum daneben wohnen blieben. Die östlichen Prußengau dagegen verloren weitgehend ihre Bevölkerung, sei es durch Flucht zu den östlich davon siedelnden stammesverwandten Litauern, sei es durch zwangsweise Umsiedlung in die westlichen Gau. Zu einer Neubesiedlung dieser östlichen Grenzgebiete fehlte dem Ritterorden die Kraft: Der Nachzug Siedlungswilliger aus Mitteleuropa war im Laufe des 14. Jahrhunderts versiegt.

Die nunmehr weitgehend unbewohnten Gau der Nadrauer, Schalauer und Sudauer verwilderten rasch, und es bildete sich eine urwaldähnliche Wildnis aus. Dieser rund 100 km breite Waldgürtel zog sich von der Memel bis zur Johannisburger Heide im südlichen Masuren hin. Im Friedensvertrag vom Melnosee (1422) wurde er zwischen dem Ordensstaat und dem vereinigten Polen-Litauen geteilt. Die so geschaffene Grenze hatte nahezu unverändert über 500 Jahre Bestand – bis 1945.

Im II. Thorner Frieden (1466) mußte der Ritterorden große Teile seines Landes an die polnische Krone abtreten, nämlich das spätere Westpreußen/Pommerellen und das Ermland. Aus dieser Notsituation in seinem Reststaat heraus begann der Orden gegen Ende des 15. Jahrhunderts mit der

* Nach einem Vortrag, gehalten vor der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde am 11. Dezember 1991.

allmählichen Wiederbesiedlung seiner östlichen Grenzgebiete. In der herzoglichen Zeit (ab 1525) wurden diese Aktivitäten verstärkt. Dabei kamen auch viele litauische Siedler über die Grenze – unter denen sicher auch manche Nachfahren der früher dorthin exilierten Prußen waren. Im nordöstlichen Grenzkreis Pillkallen (Schloßberg) beispielsweise wurde die erste Ansiedlung um 1490 erwähnt. Die Zahl der Siedlungen wuchs von 22 im Jahr 1540 auf etwa 100 im Jahr 1560 und auf rund 160 im Jahr 1625³. Der Bau der Ansiedlungen und die Rodung blieben den einzelnen Bauern überlassen, die dafür aber nur relativ geringe Abgaben zu leisten hatten. Erst in der herzoglichen Zeit wurde die Kolonisierung der Wildnis planmäßiger betrieben, erstmals Vermessungen in den Dörfern durchgeführt und einheitliche Zinszahlungen festgelegt. Rechtlich waren die Kolonisten in der Regel Scharwerksbauern, d. h. sie mußten an bestimmten Tagen in der Woche mit eigenem Gerät auf den staatlichen Gütern arbeiten, Fuhrleistungen erbringen u. ä. m.

Erst im Laufe des 17. Jahrhunderts kamen auch wieder vermehrt deutschsprachige Zuwanderer, die zumeist als Handwerker in den langsam wachsenden Städten siedelten oder sich in den Dörfern als Köllmer und Krugwirte niederließen. In den Städten und Kirchdörfern begann sich geistiges Leben zu entwickeln, das aber nur in den größeren Städten wie Memel, Tilsit und Insterburg eine höhere Blüte erreichte. Lediglich die Hauptstadt Königsberg erhob sich deutlich erkennbar darüber. Von den Schrecken des Dreißigjährigen Kriegs blieb das Herzogtum Preußen – trotz seiner inzwischen eingetretenen Bindung an das kurbrandenburgische Haus – im wesentlichen verschont. Dennoch stagnierte die weitere Entwicklung des Landes. Allein 14 Pestjahre sind aus Preußen im 17. Jahrhundert überliefert⁴.

Im Zuge des schwedisch-polnischen Kriegs, an dem Brandenburg-Preußen unter dem Großen Kurfürsten teilnahm, trat dann sogar noch ein schwerer Rückschlag ein. Zwar gewann das Herzogtum Preußen seine staatsrechtliche Unabhängigkeit, aber in den Jahren 1656 und 1657 zog tatarisches Kriegsvolk durch das südliche und östliche Preußen. Es wütete mit großer Grausamkeit, brannte 13 Städte, 249 Dörfer und 37 Kirchen nieder. Rund 11.000 Menschen wurden erschlagen, zahllose schwer mißhandelt, und rund 34.000 Menschen wurden verschleppt und in die Sklaverei verkauft. Weitere 80.000 Einwohner wurden in der Folgezeit Opfer von Hunger und Seuchen⁵.

Dieser Aderlaß war furchtbar für einen Landstrich, der sich gerade erst auf einer noch bescheidenen Entwicklungsstufe stabilisiert hatte. Im Winter 1678/79 traf auch die nördlichen Grenzkreise die Kriegsnot durch einen schwedischen Einfall aus dem Baltikum, den der Große Kurfürst durch seinen bekannten Feldzug mit Schlitten über das Eis des Kurischen Haffs beendete. Von diesen Rückschlägen vermochte das betroffene Grenzland sich nicht mehr richtig zu erholen. Hinzu kam unter Herzog Friedrich III., der sich 1701 zum König Friedrich I. in Preußen krönte, eine fi-

nanzielle Ausblutung. Durchgreifende Reformen blieben wegen der weitgehenden ständischen Verfassung nach wie vor behindert, obwohl gerade diese Grenzgebiete überwiegend bäuerlicher und königlicher Grundbesitz waren, aber nur wenige adelige Güter hatten.

Die Große Pest

Das 18. Jahrhundert begann mit einer prächtigen Königskrönung in Königsberg, das Herzogtum Preußen avancierte zum Königreich. Für die Krönungsstadt und für die küstennahen Landstriche mag sich wieder ein gewisser Auftrieb ergeben haben. Aber das Binnenland verblieb in seiner trostlosen Lage. Das galt besonders für den nordöstlichen Teil des Königreichs, der Preußisch-Litthauen genannt wurde. Der Sprachgebrauch des 18. Jahrhunderts gliederte das Königreich Preußen in einen deutschen, einen litthauischen und einen polnischen (masurischen) Bereich. Die Kriegs- und Domänenkammern Gumbinnen und Königsberg wurden die Litthauische und die Preußische (Deutsche) genannt⁶. Der masurische Bereich war etwa hälftig auf die beiden Bezirke Gumbinnen und Königsberg aufgeteilt⁷. Mit rückständiger Wirtschaftsform, verkehrsmäßig kaum erschlossen, ohne nennenswerte Bodenschätze, mit rauhem Klima – so dümmerte dieser Preußisch-Litthauen genannte Landstrich dahin, sich mühsam selbst erhaltend. Er war auf den Stand von vor 100 Jahren zurückgefallen⁸.

Kriegszeiten brachten häufig Seuchen aller Art mit sich. Bei den Feldzügen im Nordischen Krieg trat 1702 in Polen erstmals wieder die Pest auf und näherte sich in den folgenden Jahren der preußischen Grenze. Man versuchte, diese durch den Einsatz der Miliz zu sperren und erließ dazu mancherlei Anordnungen. Zunächst begnügte man sich mit der Quarantäne für Reisende, dem Räuchern von Briefen und ähnlichen Maßnahmen. Aber bereits 1707 traten in einzelnen Grenzorten die ersten Pestfälle auf. Nach kurzem Stillstand im Winter brach sie im Frühjahr 1708 umso stärker wieder aus. Jetzt wurden die Wege über die Grenze durch Verhau gesperrt, Brücken abgebrochen, Fähren eingestellt. Am 16. Juli 1708 wurde die vollständige Sperre ausgesprochen – aber sie wurde nur zu oft nachlässig gehandhabt, und sogar Ausnahmen wurden ganz offiziell zugelassen. So erfaßte die Pest mit voller Gewalt das Preußenland, 1708 ansteigend, 1709 den Höhepunkt erreichend und 1710 abklingend. Erst im September 1711 war sie endgültig erloschen.

Diese ersten Jahre des 18. Jahrhunderts sahen eine wahre Leporello-Liste der Leiden und Schicksalsschläge für das Land Preußisch-Litthauen. Die Jahre 1706, 1707 und 1708 brachten bereits große Mißernten⁹. Der darauf folgende Winter 1708/09 ließ zwar lange auf sich warten, dafür gab es große Regenfälle mit Überschwemmungen, und im November 1708 einen furchtbaren Sturm, der selbst dicke Eichen entwurzelte. Der späte Winter war dafür außerordentlich kalt, der Boden gefror über einen Meter tief.

Erst Mitte Mai 1709 ließ das zurückweichende Eis Schiffe nach Königsberg einfahren. Die gesamte Wintersaat war erfroren, und das späte Frühjahr ließ kaum noch eine ausreichende Vegetationsperiode für die Sommersaat zu – soweit nicht ohnehin die Bevölkerung vor Hunger auch das Saatgetreide schon aufgezehrt hatte. Die erneute Mißernte vergrößerte noch die Hungersnot und führte zu einer völligen Entkräftung der Bevölkerung. Gegessen wurden Hafer- und Spreubrot mit Treber, Leinenspreu und Birkenrinde¹⁰. Der jetzt verstärkt vordringenden Pest erlagen ganze Dorfgemeinschaften. Die Pest wütete in den Städten, aber auch in den dichter besiedelten Teilen Preußisch-Litthauens und Masurens. Lediglich in den dünner besiedelten Waldgebieten war die Zahl der Opfer geringer. Begleitet wurde die Pest von Ruhr, Hungertyphus, Fleckfieber und Pocken¹¹.

Alle Vorkehrungen halfen nichts: das Abbrennen von Häusern, das Einzäunen ganzer Ortschaften, das Einstellen aller Handels- und Verkehrsbeziehungen. Kirchendienst und Verwaltung kamen zum Erliegen, Recht und Ordnung lösten sich auf, Teuerung und Arbeitslosigkeit griffen um sich, Ungehorsam und Aberglaube regierten, Sitte und Moral erreichten einen Tiefpunkt. Wer überlebte, floh in die Wälder, von Angst getrieben und von Hunger gepeinigt, dort wieder von überhandnehmendem menschlichem und tierischem Raubzeug bedroht. Zwar versuchte man, dem allen entgegenzuwirken: Das Pest-Consilium vom 5. Dezember 1708 traf medizinische Regelungen, das Pest-Reglement vom 4. September 1709 bemühte sich um eine verwaltungsmäßige Steuerung des Unheils, und das Pest-Reglement von 1710 gab Hinweise für die Überlebenden¹². Die medizinischen und teilweise auch die verwaltungsmäßigen Vorsorgen waren, wie wir heute wissen, wirkungslos, zumal ein Hauptübel kaum angepackt wurde: die mittelalterlich anmutende persönliche Hygiene und die mangelnde sanitäre Ordnung. Erst im Jahr 1710 gab es wieder eine gute Ernte – als kaum noch jemand da war, um sie einzubringen. So wurden Leute aus Königsberg aufs Land geschickt, um wenigstens Teile davon einzuholen¹³.

Der durch das Lied vom Ännchen von Tharau bekannte Simon Dach hatte bereits 1657 in einem Gelegenheitsgedicht anlässlich des Pest-Todes eines Freundes gereimt¹⁴:

Gott schickt den Würgegeist uns zu,
Der schlägt das arme Land ohn' Ruh,
Wir werden täglich aufgerieben,
Das Vieh ist nicht verschont geblieben.

Kam auch 1711 die Seuche endlich zum Erliegen, so drohte sofort neues Unheil: Heuschreckenschwärme überfielen das Land wie eine ägyptische Plage¹⁵. Pfarrer Riedel in Sorquitten (Masuren) hat in seinem Tagebuch festgehalten: „Insonderheit war eine Strafe Gottes von den Heuschrecken, die in entsetzlichen Mengen, wenn es warm war, in der Luft flogen und gar den Tag dunkel machten . . . Auf dem Maradtschen Felde und weiterhin verzehrten sie die Saat, wie ich sie denn selbst dort in so einer Menge gese-

hen, daß man die Erde für ihnen nicht hat sehen können. Auf die Sträucher setzten sie sich wie ein Bienenschwarm, daß der Strauch von der Last zur Erde geneigt war.“ Am 7. September 1711 mußte die Regierung in Königsberg eine Anordnung zur Bekämpfung der Heuschreckenschwärme erlassen:

- „1. An jedem Orte, wo dergleichen Ungeziefer sich findet, müssen einige Leute bei anbrechendem Tage in den Feldern mit breiten Schaufeln sich einfinden und die von der Kälte betaumelten Heuschrecken mit der verkehrten Seite totschiessen.
2. Dieselben auf einen Haufen geschauvelt und verbrannt werden, dieweil solcher Rauch und Gestank die anderen vertreibt.
3. Es muß wohl beachtet werden, daß dieses Ungeziefer nicht tot auf dem Felde gelassen werde, sintemal aus ihren toten Körpern und aus den daran hängenden Eiern die neue Brut entsteht und solchergestalt dieses Geschmeiß auf künftiges Frühjahr sich einfinden könnte, sondern in tiefen Kaulen vergraben oder auf den Äckern untergepflügt werden muß. Solches ist denen gemeinen Leuten von der Kanzeln sofort kund zu machen.“

Aber damit war es noch nicht genug. Das folgende Jahr 1712 schließlich brachte eine Viehseuche, die die bereits durch die trockenen Sommer und langen Winter geschwächten Tiere befiel. In Insterburg beispielsweise wurden so drei Viertel des Viehbestandes vernichtet¹⁶. In den nächsten Jahren wiederkehrend, dauerte die Viehseuche bis 1715. Wie Simon Dach gereimt hatte: Das Vieh ist nicht verschont geblieben.

Nach zwei besonders strengen und langen Wintern, nach Sturm und Überschwemmungen, nach extrem heißen und kurzen Sommern, nach Mißernten und Viehsterben, nach Heuschreckenplage und langem Wüten der Pest war das Land nicht mehr wiederzuerkennen. In den Städten und Dörfern waren verpestete Häuser abgebrannt, Brücken waren abgebrochen, Wege zugewachsen, verendetes Vieh lag auf den Feldern. Raubwild streunte umher, und die Wildnis begann sich erneut auszubreiten. Annähernd 10.000 Bauernhöfe standen leer und verfielen – waren „wüst“ nach dem damaligen Sprachgebrauch. Die zerstörerische Gewalt dieser „Großen Pest“ ist nur noch von den Ereignissen 1944/45 in Ostpreußen übetroffen worden¹⁷.

Es ist erstaunlich, daß hier überhaupt noch Menschen überlebten. Die Bilanz ist erschreckend genug. Für das ganze Königreich Preußen wird die Einwohnerzahl für den Anfang des 18. Jahrhunderts auf etwa 600.000 geschätzt. Hiervon sind in diesen Schreckensjahren rund 240.000 (= 40%) umgekommen oder aus dem Land entflohen. Neben der Hauptstadt Königsberg waren vor allem die Grenzgebiete Masurens und Preußisch-Litthauens davon besonders betroffen. Hier lag die Verlustrate entsprechend höher, geschätzt auf etwa 70 bis 80%, örtlich aber auch bis zu 100%.

Der Neuanfang

In diesem „Weltuntergang“ ist auch Bemerkenswertes festzustellen. Die Pest war gerade im Abklingen und manche überlebenden Einwohner waren noch auf der Flucht vor der Not dieses Landes, als bereits die ersten neuen Siedler wieder ankamen. Schon in den Jahren 1711 und 1712 treffen die ersten von ihnen ein, zunächst aus den von den Seuchen nicht betroffenen Nachbargebieten. Es kommen aber auch schon Neusiedler aus dem Weichselgebiet, aus Mitteldeutschland und sogar etwa 100 Schweizer. Ihnen werden vom Staat Hilfen und Erleichterungen gewährt.

Am 25. August 1710 hatte der König einen ausführlichen Bericht über die Lage in Preußen und Vorschläge für eine Verbesserung der Situation angefordert. Am 16. Februar 1711 wurde eine Kommission eingesetzt „zur Herstellung des zerfallenen und in große Unordnung geratenen Kammer- und Domänenwesens“¹⁸. Schon vom Sommer 1711 an ergingen Edicte und Anweisungen, um die Wiederbesiedlung des Landes zu fördern. Auch den wiederkehrenden Bewohnern wurde die Rückkehr durch Steuererlaß und andere Hilfen erleichtert. Um die anderen brandenburgisch-preußischen Provinzen nicht bevölkerungsmäßig zu schwächen, nahm man mit Vorliebe Ausländer auf, vorzugsweise aus den deutschen Territorialstaaten. Zunächst wurden die weniger von den Verwüstungen betroffenen und verkehrsmäßig besser erschlossenen westlichen Landesteile wieder besiedelt. Zurück blieben Preußisch-Litthauen und Masuren. Hier galt es, überhaupt erst wieder eine staatliche Verwaltung und kirchliche Betreuung in Gang zu bringen.

Die Arbeit der königlichen Kommission unter Alexander Graf zu Dohna erbrachte aber auch Einblicke in erhebliche Mängel in der Verwaltung und in Unzuträglichkeiten bei der Besteuerung. Die Arbeitsgestaltung und personelle Ausstattung der Verwaltung waren den steigenden Anforderungen der Zeit nicht nachgekommen; störend machte sich auch die unklare Aufgabenteilung zwischen der preußischen Regierung und der preußischen Kammerverwaltung bemerkbar, beide mit Sitz in Königsberg und mit derselben regionalen Zuständigkeit. Es waren also auch Mängel, die bereits vor den Notjahren entstanden waren und die die Entwicklung des Landes behindert hatten. Erste Lösungsansätze für diese Probleme brachte das „Reglement der Kammer im Königreich Preußen“ vom 16. August 1712, das also noch in den letzten Lebensmonaten des ersten preußischen Königs, Friedrich I., erging, allerdings bereits unter tatkräftiger Mitarbeit des Kronprinzen¹⁹.

König Friedrich Wilhelm I.

Das „Retablissement“ in Preußen ist untrennbar mit dem Namen des Soldatenkönigs verbunden. Dieser Name kennzeichnet den König jedoch nur unzulänglich. Zwar baute er ein beachtliches stehendes Heer auf, das

nach den Erfahrungen der letzten 100 Jahre auch unbedingt erforderlich war. Waren doch Brandenburg und Preußen im Dreißigjährigen Krieg, im Schwedisch-Polnischen Krieg, im Nordischen Krieg u. a. m. immer wieder Spielball der großen Mächte gewesen, hatten Land und Leute immer wieder unter Durchzügen und Stationierungen fremder Truppen leiden müssen, ohne daß ihr Staat selbst die Kriege ausgelöst hatte. Selbst seine „Langen Kerls“ waren in einer Zeit des Nahkampfs mit dem Bajonett und dem Feuern in Linien nicht sinnlos. Aber sein eigentliches Lebenswerk sind die inneren Reformen in seinen Ländern und darunter besonders das Retablisement in Preußen.

Sebastian Haffner charakterisiert diesen König in seinem Buch „Preußen ohne Legende“ (S. 81 f.) folgendermaßen: „Friedrich Wilhelm I. . . hatte die seltsame Angewohnheit, vom König von Preußen in der dritten Person zu sprechen: *Ich will der Generalfeldmarschall und Finanzminister des Königs von Preußen sein, das wird dem König von Preußen gut bekommen.* Und diese Tyrannei des Königs von Preußen, der er sich unterwarf, machte aus dem derb-frommen, biederem, polternden, im Grunde gutmütigen Mann selbst einen Tyrannen. Sie bringt das Treibende und Getriebene in seine Lebensäußerungen und seinen Regierungsstil, das Niezufriedene, Gewalttätige, Jähzornige, die wilden Drohgebärden, das Prügelregiment, die Ungeduld, das ewige *Cito! Citissimo!* unter seinen Reskripten. Als irgendwelche Kriegs- oder Domänenräte gegen eine königliche Order Einwände machen, bricht dieser König von Preußen aus: *Die Leute wollen mir forcieren: Sie sollen nach meiner Pfeife tanzen oder der Deuffel hole mir: Ich lasse hängen und braten wie der Zar und tractiere sie wie Rebellen.* Und kommt plötzlich wieder der private Friedrich Wilhelm durch: *Gott ist bekannt, daß ich es ungern tue und wegen die Bärenhäuter zwei Nacht nit recht geschlafen habe.* Ein Biedermann, den der Staatsdienst zum Wüterich machte.“

Mit diesem ungestümen Eifer im Dienst seines „Königs von Preußen“, d. h. in Erfüllung seiner Pflichten im Dienst des Staates, stürzte sich Friedrich Wilhelm I. in die Arbeit an dem Retablisement im fernen Preußen. Waren schon die ersten Anstöße und Direktiven für den Wiederaufbau von Berlin ausgegangen, so wurde jetzt die Motorik noch verstärkt. In wiederholten Reisen überzeugte der König sich selbst von den Schwierigkeiten und von den Fortschritten, traf Entscheidungen vor Ort und blieb bis in die letzten Tage seines Lebens gerade diesem Werk auf das engste verbunden.

Drei Schwerpunkte hatte das Retablisement. Da war zum ersten die Neuorganisation der Verwaltung und des Domänenwesens einschließlich einer einschneidenden Änderung des Steuersystems. Zum zweiten betraf es das Schul- und Kirchenwesen. Und als drittes ist die Wiederbesiedlung des Landes und seine wirtschaftliche Gesundung zu nennen, also die eigentliche Repeuplierung.



Preußen im Jahr 1731. Gumbinnen ist noch unter dem alten Namen „Bisserkeim“ eingetragen.
(Aus: Eckhard Jäger, Prussia-Karten 1542–1810 [Weißhorn 1982], Karte Nr. 210.)

Die Verwaltungs- und Steuerreform

Die Mißstände in der preußischen Verwaltung hatte schon die Dohna-Kommission aufgezeigt, und das noch zu Lebzeiten von König Friedrich I. erlassene Kammer-Reglement hatte dazu erste Lösungsansätze gebracht. Friedrich Wilhelm I. baute darauf auf. Seine erste eigene Maßnahme war die Errichtung einer selbständigen Verwaltungszentrale für das am schwersten geschädigte Preußisch-Litthauen durch Abtrennen von der Königsberger Kammer. 1714 wurde eine litthauische Amtskammer zunächst mit Sitz in Tilsit errichtet, die 1724 in das zugleich zur Stadt erhobene Gumbinnen übersiedelte und 1736 auch formal zur selbständigen Kriegs- und Domänenkammer bestellt wurde. Ferner unterstellte der König die beiden Kammern Gumbinnen und Königsberg in allen wesentlichen Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten unmittelbar der neu geschaffenen Zentralregierung in Berlin, dem sogenannten General-Ober-Finanz-, Kriegs- und Domänen-Direktorium. Die Kammern in Gumbinnen und Königsberg führten die Bezeichnung Kriegs- und Domänenkammer. Die in Königsberg verbliebene Regierung für das (im engeren Sinn) Königreich Preußen wurde in ihren Funktionen mehr auf soziale und kulturelle Fragen sowie auf Angelegenheiten der Jurisdiktion beschränkt. Die Realisierung dieser und der folgenden Schritte zogen sich oft über mehrere oder gar viele Jahre hin und wurden zum Teil durch Kommissionen vorbereitet. Hier sollen jedoch nur die letztlich in diesem Zeitraum erzielten Ergebnisse skizziert werden²⁰.

Nach der Organisation der mittleren Verwaltungsebene – der Kriegs- und Domänenkammern – wurde die untere Verwaltungsebene neu gestaltet. Die historisch gewachsenen Schulzenämter, deren regionale Strukturen zum Teil noch auf die Komtureien der Ordenszeit zurückgingen, wurden von Kammerämtern abgelöst. Hierbei übernahmen die Verwaltungen der staatlichen Domänen und Forsten auch die sonstigen staatlichen Aufgaben auf örtlicher Ebene. Dem war die Entscheidung des Königs vorausgegangen, die bisher zur herrschaftlichen Schatulle zinsenden Schatullgüter den Domänen gleichzustellen und sie zusammen mit diesen und den Forsten zum unveräußerlichen Staatseigentum zu erklären. Durch ihre Zusammenlegung ließen sich gut arrondierte und übersichtliche Amtsbezirke bilden. Anschließend begann man mit der Verpachtung der Domänen an Generalpächter gegen einen von der Domänenkammer festgelegten Jahreszins sowie gegen Hinterlegung einer Kaution. Der Domänenpächter bewirtschaftete dann auf eigene Rechnung die Domäne, konnte Teile davon (z. B. Vorwerke und Mühlen) unterverpachten und übte gleichzeitig in diesem Gebiet die staatliche Gewalt aus. Neben diesen staatlichen Domänenpächtern bestanden nur noch etliche adelige Ämter, die also mit dem Grundbesitz des Adels verbunden waren, sowie die Städte, die ebenfalls direkt den Kriegs- und Domänenkammern unterstanden. Noch Ende des 18. Jahrhunderts standen in der Provinz Ostpreußen rund 55% aller Bauern unter

königlicher Domänenherrschaft, d. h. für den preußisch-litthauischen Teil und für die hier zu behandelnde Zeit kann dieser Prozentsatz noch wesentlich höher angesetzt werden²¹. Dies umso mehr, als die durch die Pest verwaisten Bauernstellen dem König anheimgefallen waren und damit den königlichen Anteil noch erhöhten.

Ein wichtiger Schritt des Königs war ferner die am 10. Juli 1719 ausgesprochene Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern in den preußischen Kammerämtern. Wenn dies auch ihre wirtschaftliche Situation kaum änderte, so setzte es doch ein deutliches Zeichen für die Zielrichtung der Handlungsweise des Königs gegenüber seinen Untertanen. Leider blieb es für den Bereich der adeligen Güter zunächst ohne Nachfolge, obwohl diese ihrerseits vom König aus der Lehnsherrschaft entlassen wurden (Allodifikation).

Von noch größerer und sofortiger praktischer Bedeutung war die Steuerreform. Bislang war eine Vielzahl von einzelnen Steuern erhoben worden – der Hufenschoß, der Hornschoß, der Kopfschoß und viele andere mehr. Bei der agrarischen Struktur des Landes waren die aus der Landwirtschaft resultierenden Steuern die Haupteinnahmequelle des Staates. Diese Steuern trafen strukturell im wesentlichen die kleinen Bauern, während der Adel obendrein noch durch Verschweigen eines Teils seines Grundbesitzes diesen der Steuerpflicht entzog. Eine Kommission unter Leitung des Erbtuchseß Graf zu Waldburg aus Westpreußen hat in fünfjähriger Arbeit, unabhängig von den bisherigen Verwaltungsstrukturen, den gesamten Grundbesitz an Ort und Stelle aufgezeichnet und nach der Bodenqualität beurteilt. Auf dieser Grundlage wurde eine einzige Steuer – der Generalhufenschoß – eingeführt, die die anderen genannten Steuern ablöste. Damit wollte jedoch der König keineswegs seine Einnahmen erhöhen; die Summen der alten Steuern und die der neuen Steuer blieben gleich. Er erreichte durch diese Umverteilung der Steuerlasten eine wesentliche Entlastung des Bauernstandes unter verstärkter Belastung des adeligen Besitzes. Ein wichtiger Schritt zur sozialen Gerechtigkeit für alle Bürger seines Staates²².

Vielen anderen Dingen der inneren Verwaltung wandte sich der König noch zu. Beispielhaft sei hier die Einsetzung eines „Oberpupillen-Collegium“ im Jahr 1725 angeführt. Seine Aufgabe war die Überwachung der Vormundschaftsangelegenheiten der Untergerichte²³. In anderem Zusammenhang nahm er sich des Gesundheitswesens an. Mit einem Edikt vom 28. Januar 1716 unterwarf er alle umherziehenden „Quacksalber“ der Kontrolle durch ein Medizinal-Kollegium. Und unter dem 2. Oktober 1724 führte er schließlich ein Zulassungsverfahren für Physici, Wundärzte, Apotheker, Bader und Hebammen ein, für das in jeder Provinz ein Prüfungskollegium eingesetzt wurde, dem auch Kontrollen in den Apotheken, Hospitälern usw. übertragen wurden²⁴. Unbedingt zu erwähnen ist auch die grundsätzliche Trennung von Justiz und Verwaltung durch die Order vom 21. Juni 1713²⁵.

Besonderes Augenmerk richtete er auf die Postverwaltung. Bei der weiten Ausdehnung und zum Teil sogar räumlichen Trennung seiner verschiedenen Herrschaftsgebiete war Brandenburg-Preußen schon immer auf eine gute Nachrichtenverbindung angewiesen. Friedrich Wilhelm I. sah über den Verwaltungsnutzen hinaus aber auch den volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen dieser Einrichtung. So befahl er, auch in Preußen Postlinien einzurichten. Das General-Finanz-Direktorium befürchtete unüberwindliche Schwierigkeiten: „In den öden, von Raubthieren durchstreiften Haiden sei oft auf 10 bis 12 Meilen Weges kein haus anzutreffen, an ordentlichen Straßen, Brücken und Dämmen gebräche es fast gänzlich, in der Nähe der Polnischen Grenze mache Raubgesindel die Gegenden unsicher, die Posten in den pfadlosen Dickichten und Sümpfen bei Nacht gehen zu lassen, daran sei gar nicht zu denken, vollends, da es in Litthauen fast neun Monate lang Winter sei.“ Auf all diese Gegenvorstellungen hin entschied aber der König: *sollen die Posten anlegen in Preußen von Ort zu Ort ich will haben ein Land das kultiviret sein soll höret Post dazu sollen Brücken bauen und Posthäuser ist das Holtz genug. F.W.* Und die Entwicklung gab ihm recht; bereits nach wenigen Jahren begannen die Postkurse sich zu tragen und teilweise sogar Gewinn abzuwerfen²⁶.

Nicht nur dem Retablisement in Preußisch-Litthauen, sondern der wirtschaftlichen Entwicklung des ganzen Landes dienten zahlreiche Verordnungen, die altüberkommene Regeln modernisierten oder neue Tatbestände rechtlich faßten. Zu nennen sind hier u. a. die Gesindeordnung, die Handwerksordnung – die vor allem das Zunftwesen neu gestaltete – und Marktordnungen. Auch schlecht angesehene Berufe wie Nachtwächter und Scharfrichter wurden „ehrlich“ gemacht, ebenso uneheliche Kinder, wenn sie bei der Behörde gemeldet wurden. So konnten diese Kinder auch „ehrliche“ Berufe ergreifen, beispielsweise Lehrling in einem Handwerk werden²⁷.

Von großer Bedeutung für das Retablisement wurde der Wegebau. Hier war sehr viel nachzuholen, so daß der König immer wieder die Gemeinden an ihre Pflichten erinnern mußte. Die Einrichtung neuer Postkurse gab dazu zusätzliche Impulse. Eng damit hingen der Brückenbau und die Flußregulierung zusammen. So hatte beispielsweise Gumbinnen in seiner Neustadt bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts hinein regelmäßig unter Hochwasser zu leiden, das mit jeder Schneeschmelze eintrat, aber auch bei länger anhaltenden Regenfällen. Erst die Flußregulierung und Eindeichung brachte hier Erleichterung. In derselben Art und Weise wurde die Grundlage für das berühmte Gestüt Trakehnen geschaffen. Das rund 20 km südöstlich von Gumbinnen gelegene Gebiet mit zahlreichen Fluß- und Bachläufen gehört zum Quellgebiet des Pregels. Durch Regulierung, Eindeichung und Bau von Wehren und Schleusen wurden fruchtbare Wiesen geschaffen. Hier faßte Friedrich Wilhelm I. die einzelnen „Stutereien“ zusammen, die sich einstmals an den Ordensburgen entwickelt hatten und auch später weitergeführt worden waren. Im Jahr der Salzburger Einwanderung, am

1. Mai 1732, entstand so das Hauptgestüt Trakehnen mit der siebenzackigen Elchschaufel als Brandzeichen. Der König schenkte es seinem Sohn, dem späteren Friedrich dem Großen²⁸.

Bei diesen Meliorationen wurde auch Militär eingesetzt. So wies der König am 16. August 1723 den Generalfeldmarschall Herzog von Holstein an, 300 Mann Infanterie „mit denen dazu nöthigen Officireren, ohne Zeitverlust zu commandiren“, um im trockenen Herbst in Zusammenarbeit mit der Domänenverwaltung die Flußregulierung durchzuführen²⁹. Zum Erbauen der Vorwerke setzte der König 450 Soldaten ein³⁰. Auch beim Bau von Siedler-Stellen halfen zeitweise Soldaten. Dazu wurde eine Baukompanie aus solchen Soldaten gebildet, die gelernte Zimmerleute, Tischler, Glaser, Ziegelstreicher und Maurer waren. Der Kompanieführer baute nach Plänen, die der König bis ins letzte hatte ausarbeiten lassen³¹. Schließlich hatte das Militär auch bei der Landvermessung Hilfe zu leisten.

Alle diese Reformen konnte der König nur mit Kräften bewältigen, die gleichen Sinnes wie er waren, voll Tatkraft zielstrebig arbeiteten, auch wenn er wieder nach Berlin zurückgekehrt war. Er ließ sich jedoch laufend berichten und griff mit Entscheidungen mitunter bis in die kleinsten Einzelheiten ein. Auch wenn ihn Rückschläge und Fehlentwicklungen mitunter entmutigten, ihn andere Probleme zweitweise stärker in Anspruch nahmen, der König wendete sich stets wieder und immer mit neuer Energie dem Preußenland zu, seinem Wiederaufbau und seiner Neugestaltung. Im preußischen Adel fand er dabei zunächst wenig Unterstützung, bangte dieser doch um seine relative Selbständigkeit fern von Berlin, um seine Vorrechte und Pfründen. Mehr der Form der polnischen Adelherrschaft zuneigend, hatte der Adel noch unter dem Großen Kurfürsten wesentliche Teile seiner Selbständigkeit bewahrt. Diese schwanden nun unter dem Regiment von Friedrich Wilhelm I. immer mehr dahin. Vielen der Reformmaßnahmen begegneten die Adelige mit Mißtrauen und suchten sie mit zahllosen Gegenvorstellungen und Änderungsvorschlägen zu verwässern oder gar zu verhindern, mindestens aber zu verzögern. Es war eines der Ziele des Königs, einen Beamten- und Offiziersstand zu schaffen, der unabhängig von seiner regionalen Herkunft seine Lebensaufgabe im königlichen Dienst sah. Aus diesem Grund sind auch viele der führenden Köpfe beim Retablisement in Preußen Nicht-Preußen. Erst in der nächsten Generation, unter Friedrich dem Großen, war auch der preußische Adel in seine neue Aufgabe hineingewachsen.

Tatkräftige Hilfe fand der König bei dem Fürsten Leopold von Dessau, mit dem ihn eine enge persönliche Freundschaft verband. Auf Drängen des Königs hatte der Fürst in der Gegend von Insterburg einen größeren Besitz erworben und mit Fachleuten aus seinen heimatlichen Landen modernisiert, so daß schon nach wenigen Jahren seine preußischen Güter Gewinn abwarfen³². Sie wurden so zu Mustergütern für das ganze Land, und viele Neuerungen wurden zunächst hier erprobt oder es wurde dazu von hier Rat eingeholt.

Widersetzlichkeiten konnte der König am wenigsten vertragen. Die in dem eingangs gebrachten Zitat von Sebastian Haffner erwähnte Drohung galt einigen Beamten, die aus dem schönen Königsberg nicht in das verödete Preußisch-Litthauen ziehen wollten. Man kann wohl annehmen, daß sie keinen weiteren Widerspruch wagten. Unerbittlich war der König gegenüber ernsten Verfehlungen. Der Kriegs- und Domänenrat Albrecht Ernst von Schlubhut in Königsberg war bereits mehrfach dadurch aufgefallen, daß er übernommene Gelder erst verspätet weiterleitete und ähnliches mehr. Als dann sogar Kolonistengelder von ihm unterschlagen worden waren (800 Reichsthaler), hob der König ein Gerichtsurteil auf, das ihn mit Festungshaft bestrafte, und ließ ihn vor dem Kammergebäude in Königsberg aufhängen. Der Königsberger Stadt-Historiker Fritz Gause urteilt darüber: „Diese Hinrichtung war ein nachdrücklicher, aber auch einmaliger Hinweis für die Strenge, mit der der König diejenigen strafte, die sich gegen seinen Staat vergingen, eine harte aber wirksame Demonstration einer neuen Staatsauffassung, die auch auf die Privilegien des Adels keine Rücksicht nahm und jede Regung ständischen Eigennutzens, die dem Staat schaden konnte, grausam strafte.“³³

Die Schul- und Kirchenreform

Das Schulsystem war in Preußen praktisch seit dem 16. Jahrhundert unverändert. Es waren den Kirchen angeschlossene Schulen, in denen der Küster und Organist bzw. Präzentor zugleich auch als Lehrer wirkte. Die Lehrer waren ohne spezielle Ausbildung, ihre Anleitung und Überwachung oblag den Pfarrern. Es gab keine Schulbücher, selbst Bibeln und Gesangbücher waren nicht überall vorhanden. Daneben bestanden in den Städten auch einige bessere Schulen, die sogenannten Lateinschulen. Man kann für den Anfang des 18. Jahrhunderts mit etwa 400 Schulen im ganzen Land Preußen rechnen, drei Viertel von ihnen waren Landschulen³⁴. Ihre Wirkungsweise war jedoch minimal. Es gab keine einheitlichen Lehrpläne und keine festen Stundenpläne. Bei den Landschulen kam hinzu, daß die Kinder im Sommer weitgehend bei der Landarbeit benötigt wurden und daß sie im Winter wegen Kälte, Schnee und schlechter Wegeverhältnisse den Schulweg nicht bewältigen konnten. Mithin waren die Landbevölkerung und auch ein großer Teil der Stadtbewohner praktisch Analphabeten.

Bei seinem Regierungsantritt veranlaßte Friedrich Wilhelm I. eine generelle Visitation, die die soeben geschilderten mißlichen Verhältnisse offenlegte: „Nach der vom Consistorium gehaltenen Untersuchung ist an den Tag gelegt, daß bei den einfältigen Leuten, welche von Gott gar wenig Erkenntnis haben, eine fast entsetzliche Unwissenheit zu spüren, woraus ein wildes gottloses Leben nebst allerhand groben Sünden und Lastern folgt.“³⁵ Die Antwort des Königs darauf war im Jahr 1717 die Einführung der allgemeinen Schulpflicht. „Kinder sind auch Menschen – und sollen Menschen werden.“³⁶ Dabei sah der König gleichermaßen die wissensmäßige Ausbil-

derung der Schüler in Lesen, Schreiben und Rechnen wie auch die geistliche Bildung der Seelen im christlichen Sinn. An den Rand eines Berichts der Generalfinanzdirektion vom 22. Januar 1722 vermerkte der König handschriftlich: *Denn wenn ich baue und verbessere das Land und ich mache keine Christen, so hilft mir alles nit.*³⁷

Die Realisierung dieser wahrlich königlichen Zielsetzung erforderte aber – wie alles in diesem armen, zurückgebliebenen Land – noch jahrelange, mühevollen Arbeit. Nacheinander sechs Kommissionen mußten in den Jahren von 1718 bis 1736 tätig werden, bis dieses Werk vollendet war. Zunächst waren die Zahl und die Standorte der Schulen festzulegen, wobei besonders die den Kindern noch zumutbare Wegleistung bedacht werden mußte. Für den Bau der Schulgebäude wurde ein Standardgrundriß entwickelt, in dem auch die Lehrerwohnung Platz fand: eine Schulstube, eine Wohnstube, eine Kammer und eine Küche, zusammen mit zwei Stallungen unter einem Dach³⁸. 15 Reichsthaler kostete ihr Bau, bei kostenloser Gestellung von Bauland und Bauholz durch den Staat.

In Königsberg wurde ein Lehrerseminar eingerichtet. Im übrigen wurden geeignete Kräfte für das Lehramt aus allen Berufen genommen. Hierbei war auch das Sprachenproblem zu bedenken. Im modernen Sprachgebrauch war Preußen ein „multikulturelles“ Land. Die Geistlichen und Lehrer in Preußisch-Litthauen und Masuren – zumindest in den meisten Dörfern – mußten auch litauisch bzw. polnisch sprechen können. Örtlich war auch die französische Sprache gefragt, soweit es sich um Ansiedlungen von Schweizern und Franzosen handelte. Übersetzungen des Kleinen Katechismus ins Litauische sollten die Arbeit erleichtern.

Letztlich entscheidend für das allmähliche Durchsetzen dieser Ziele war die Bereitschaft des Königs, das Defizit in der Kostenfrage auf die Staatskasse zu übernehmen. 1735 errichtete er eine Stiftung „mons pietatis“ mit 50.000 Reichsthalern. Das mit 4% angelegt Stiftungsvermögen sicherte durch seine Zinsen die Existenz der Lehrer an den Schulen ab, bei denen die Bevölkerung durch Schulgeld nicht ausreichend für sie sorgen konnte. Hinzu kamen freies Gartenland und Deputatgaben für die Lehrer, um sie wirtschaftlich zu stärken. Der Schulbau wurde durch Umlagen bei den Kirchen in allen königlichen Ländern gefördert, aber auch durch die Beistellung des Baumaterials auf Kosten des Königs.

Ebenfalls 1736 erließ der König die *principia regulativa*, gewissermaßen das Grundgesetz der Schulorganisation. Hier waren alle Regeln für die Bestellung und den Unterhalt der Lehrer, den Schulbau, die Schulverwaltung und -aufsicht usw. festgehalten. In Ausführung dieser Vorschrift wurden in den vier Jahren von 1736 bis 1739 im Gumbinner Kammergebiet 275 Schulen und im Königsberger Bezirk 885 Schulen neu gebaut. Bei seiner letzten Reise nach Preußen im Jahr 1739 inspizierte der König auch diesen Bereich und verbesserte nochmals die *principia regulativa* zugunsten verkürzter Schulwege für die Kinder: statt einer halben Meile sollte ihnen nur noch eine viertel Meile zugemutet werden. Weitere 56 bzw. 73 Schulen

wurden daraufhin errichtet. Insgesamt sind in dieser Zeit ca. 400 alte Kirchenschulen verbessert und über 1200 Dorfschulen neu errichtet worden.

Die vorstehend geschilderte Unwissenheit der Masse der Bevölkerung, dazu das Durchleben der furchtbaren Notzeiten, hatte sie weitgehend vom kirchlichen Glauben entfernt. Die Geistlichkeit selbst verfügte nur über ein dürftiges Wissen und war an Zahl stark dezimiert. Hinzu kamen materielle Mängel, vor allem im Kirchenbau. Daher war eine Reform auch im Bereich der Kirchen dringend geboten.

Seit mehr als 100 Jahren hing das brandenburgisch-preußische Herrscherhaus dem reformierten Glauben an. Dies hinderte den König keineswegs, in die Angelegenheiten der lutherischen Kirche Preußens einzugreifen. Entsprechend der Vorstellungswelt des Absolutismus sah er sich hiezu kraft seiner Staatsgewalt durchaus berechtigt und verpflichtet. Reibungspunkte ergaben sich jedoch dadurch, daß der König den Pietismus, wie er vor allem an der Universität Halle gepflegt wurde, dem mehr orthodox orientiertem Luthertum der Königsberger Universität vorzog. Die Halleschen Ideen des praktischen und tätigen Christentums, der Bibelverbreitung und der häuslichen Erbauungsversammlungen, entsprachen dem persönlichen Bedürfnis des Königs und seiner Vorstellungswelt. So förderte er wohl den Ausbau und die Intensivierung des Theologie-Studiums in Königsberg, um möglichst rasch qualifizierten Priesternachwuchs für die vakanten Pfarrstellen zu gewinnen. In den ersten Jahren wurden aber auch zahlreiche Pfarramtskandidaten aus Halle geholt. Sehr zum Leidwesen der preußischen Geistlichkeit hatte der König zeitweise sogar eine feste Quote dafür vorgesehen. Wie beim Lehrernachwuchs mußte auch hier an das Sprachenproblem gedacht werden. So wurde speziell dafür bei der theologischen Fakultät ein litauisches Seminar eingerichtet, wie übrigens zeitweise auch in Halle. Junge Theologie-Kandidaten wurden zur Festigung ihrer Sprachkenntnisse zunächst für einige Zeit als Lehrer nach Preußisch-Litthauen geschickt.

Eine weitere Sorge galt dem baulichen Zustand der Kirchen, der teilweise sehr schlecht war. Anfang des 18. Jahrhunderts gab es im ganzen Preußenland etwa 330 Landkirchen, von denen 61 nur Filialkirchen waren, sowie etwa 60 Kirchen in den Städten. Bauträger waren die Kirchengemeinden, die sich durch Einnahmen aus der eigenen Gemeinde und hilfsweise durch Kollekten aus den Nachbargemeinden finanzierten. Bei der allgemeinen Notlage führte dieser Weg jedoch nicht rasch genug voran. So half auch hier der König, indem er fallweise das Baumaterial stellte und die Bauausführung der Kammerverwaltung übertrug, auch Bauland für die Kirchen und Wirtschaftsland für die Pfarrer zur Verfügung stellte. In mehreren Fällen übernahm er auch die gesamten Kosten des Kirchenbaus. Hierbei machte er keinen Unterschied zwischen den Kirchen für lutherische Gemeinden und solchen für reformierte Gemeinden, also Kirchen seines Glaubens. Einige Kirchen wurden auch als Simultankirchen gestiftet, wie beispielsweise die 1724 in Wilhelmsberg errichtete Kirche³⁹.

Mit der im Zuge der Wiederbesiedlung wachsenden Bevölkerung wurden Kirchengemeinden neu gegründet oder neu geordnet. Um in dem weiten Land die Wege für die Kirchenbesucher zu verkürzen, wurden wiederholt Filiationen gegründet, die für die Andachten zum Teil von Katecheten betreut wurden, so daß der zuständige Pfarrer der Hauptkirche nur zu sakralen Handlungen wie Taufe und Abendmahl anreisen mußte. Allein in Preußisch-Litthauen entstanden in diesen Jahren 22 neue Kirchen, weitere sieben Kirchen wurden von Grund auf erneuert und zahlreiche weitere repariert⁴⁰.

Schließlich gehörten auch Bücher in die Hände der Pfarrer und Katecheten. Vielen Gemeinden, und gerade den neu eingerichteten, fehlte es aber selbst daran. So mußte auch hierbei durch Spenden, auch seitens des Königs, nachgeholfen werden.

In gut 25 Jahren hatte Friedrich Wilhelm I. mit seinem Schul- und Kirchen-Restablisement ein gewaltiges Bildungswerk geschaffen – in einem von Katastrophen heimgesuchten Land und mit einer aus vieler Herren Länder stammenden Bevölkerung. Er war sich aber auch bewußt, daß es noch mehrerer Jahrzehnte bedürfen würde, bis über die verbesserte allgemeine Schulbildung und regelmäßigen Kirchenbesuch eine merkliche Hebung des Bildungsstandes seiner Untertanen erreicht werde. Damit unter der Last der Tagesmühen das wenige nicht verlorengelange, was jetzt in den Schulen vermittelt werden konnte, hatten die Pfarrer regelmäßige Katechisationen in den Kirchen für alle Gemeindemitglieder durchzuführen⁴¹. Hier wurden die gehaltenen Predigten nochmals erläutert, Liedtexte gelernt und gleichzeitig damit das Lesen und das Lernen weiter geübt.

Die Repeuplierung

Gleichlaufend mit dem Wiederaufbau der Verwaltung und mit der Schul- und Kirchenreform wurde die Wiederbesiedlung des Landes betrieben – die Repeuplierung. Wie eingangs erwähnt, kamen bereits mit dem Abklingen der Großen Pest die ersten Neusiedler, vorwiegend aus den näher liegenden deutschen Provinzen und aus dem litauischen Grenzland. Bei der Armut des Landes legte man Wert auf solche Zuwanderer, die sich finanziell weitgehend selbst helfen konnten. Diese Zuwanderer suchten sich natürlich die günstig gelegenen, qualitativ hochwertigen Bauernhöfe bzw. Arbeitsstätten in den Städten und Dörfern aus. Die staatliche Förderung war zunächst recht gering, es wurden neben der Überlassung von Grund und Boden nur einige Freijahre für die Steuerpflicht gewährt. Erst vom Jahr 1718 an wurden die „Colonisten-Patente“ erlassen, wie am 21. November 1718 das „Patent vor die Neuanziehenden, welche sich im Königreich Preußen häuslich niederlassen wollen“. Sie warben jeweils gezielt um bäuerliche Ansiedler, um Handwerker, Manufakturisten usw. Entsprechend waren auch die jeweils in Aussicht gestellten „Beneficien“ spezifiziert. Im Ergebnis führte das in erster Linie zu einem Anwachsen der Be-

völkerung im Königsberger Kammerbezirk, der ohnehin nicht so stark geschädigt war. Auch im Gumbinner Bezirk zeigte sich eine leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage. Jedoch blieb gerade in Preußisch-Litthauen ein hoher Anteil brachliegender Bauernhöfe. Die wirtschaftliche Gesamtsituation war hier nach wie vor äußerst labil, zumal die Kammerverwaltung eher bemüht war, kurzfristige finanzielle Erfolge vorzuweisen und daher den Neuankömmlingen nicht genügend Starthilfe gewährte. Eine Mißernte und ähnliche, örtlich bedingte Ausfälle führten so 1719/20 zu einem offenkundigen Rückschlag, es zeigte sich, daß die bislang geübte Vorgehensweise unzureichend war.

Wieder war es der König, der entscheidend in das Geschehen eingriff. In mehreren Konferenzen unter seiner Leitung wurden die Ziele und die Lösungswege diskutiert und neu formuliert. Nachdem inzwischen das Ergebnis der Generalhufenschloßkommission vorlag, wurde die Steuerreform durchgeführt und gleichzeitig die Reorganisation der Kammerverwaltung eingeleitet. Zeitgleich wurde die Schul- und Kirchenreform vorangetrieben, über die bereits zuvor berichtet wurde. Ferner wurde eine exakte Vermessung des gesamten Landes angeordnet. Sie sollte u. a. dazu führen, ca. 8000 Bauernstellen zu ermitteln und zu beschreiben, die dann mit Hilfe gezielter Maßnahmen besetzt werden sollten. So führte der Rückschlag in der Landesentwicklung zu neuen Aktivitäten mit neuen Mitteln. Zusätzlich sollten flankierende Maßnahmen sie begleiten.

Hierzu gehörte die Gründung neuer Städte. Bis dahin gab es nur vier Städte in Preußisch-Litthauen, nämlich Memel, Tilsit, Insterburg und Goldap. Sie lagen entsprechend der siedlungsgeschichtlichen Entwicklung sämtlich am Westrand dieses Gebiets. Das bedeutete, daß die am weitesten entlegenen Dörfer bis zu 80 km vom nächsten Marktplatz entfernt waren. Das erschwerte sowohl den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte ganz außerordentlich als auch die Belieferung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Versorgungsgütern sowie auch ganz allgemein die Verwaltung und Betreuung von Land und Leuten. Daher wurden sechs neue Städte gegründet, nämlich Gumbinnen, Darkehmen, Pillkallen, Ragnit, Schirwindt und Stallupönen, die sich bis auf Schirwindt auch zu Kreisstädten ihrer Landkreise entwickelten⁴². Hier wurden als Starthilfe auf Kosten des Königs Wohnhäuser gebaut, in denen vor allem Handwerker, aber auch Krugwirte, Beamte, Ackerbürger usw. angesetzt wurden. Mit Kirche, Schule, Poststation und Arzt wuchsen sie rasch in die Aufgaben als regionaler Mittelpunkt hinein. Hinzu traten Garnisonen für das Militär.

Mit der Schul- und Kirchenreform nahm auch die Zahl der Kirchdörfer zu, die ihrerseits wieder zu kleinen Kommunikationszentren wurden, an denen sich einzelne Handwerker und Krugwirte niederließen, wobei letztere auch den Kleinhandel betrieben.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Ansiedlung von Handwerkern und Manufakturisten gewidmet. Das entsprach den volkswirtschaftlichen Vorstellungen in der Zeit des Merkantilismus. Jedes Land wollte sich mög-



Im Mittelpunkt von Gumbinnen befand sich das Regierungspräsidium; davor das Denkmal Friedrich Wilhelms I. (von Christian Daniel Rauch)

lichst weitgehend von Einfuhren unabhängig machen, um sein „gutes Geld“ im eigenen Land zu halten. Preußen verfügte allerdings so gut wie über keine Bodenschätze, war daher im wesentlichen auf seine landwirtschaftliche Produktion angewiesen. Dafür wurden der Flachsanzbau und die Schafzucht gefördert, aber auch der Tabakanbau, also die Erzeugung von Grundstoffen für weiterverarbeitende Manufakturen, zu denen auch Häute und Felle gehörten⁴³. Zur Bekämpfung der im Gefolge von Mißernten immer wieder auftretenden Hungersnöte ließ der König Magazine anlegen, u. a. auch ein großes Magazinegebäude in Gumbinnen. Sie nahmen in guten Erntejahren überschüssiges Getreide auf und stützten damit die Preise im Interesse der Bauern. In Notzeiten dagegen konnte zur Bekämpfung von Hungersnot und Teuerung Getreide abgegeben werden. Der besseren Versorgung der Bevölkerung diente auch der Bau von etwa 200 Wind- und Wassermühlen⁴⁴.

Große Sorgen bereiteten die rückständigen Wirtschaftsformen und Arbeitstechniken in der Landwirtschaft. Das Ackerland befand sich noch in Gemengelage, das Pflügen wurde nur oberflächlich mit einfachen, zum Teil noch hölzernen Pflügen durchgeführt, ein regelmäßiges Düngen unterblieb zumeist. So gehörte es mit zu den wichtigsten Zielen des Retablissemments, die „deutsche“ Wirtschaftsform einzuführen; gemeint war die gut entwickelte Wirtschaftsweise im magdeburgischen Land. Deshalb wurden von dort Bauern und Beamte geholt, die die Umstellung der preußischen Landwirtschaft anzuleiten hatten. Dazu gehörten auch die Verbesserung der Viehzucht, der Obstanbau und das Anlegen von Gemüsegärten. Nicht alle Methoden bewährten sich in dem östlichen Raum und vieles bedurfte

eines längeren Lernprozesses. So war hier Geduld gefragt, die der König nur schwer aufzubringen vermochte. Auf neun Reisen durch Preußen kümmerte er sich selbst um Fortschritte und Rückschläge, Schwierigkeiten und Erfolge.

Im Mittelpunkt allen Bemühens blieb stets die Gewinnung neuer Bewohner für das Land. Nach dem unzureichenden Zuzug in den ersten Jahren der Repeuplierung wurden jetzt die Ansiedlungsofferten verbessert. Als Beispiel sei das „Königliche Patent wegen der Beneficien für die Colonisten in Lithauen“ vom 12. November 1723 angeführt⁴⁵. Es wurden freies Land bis zu zwei Hufen (= ca. 15 ha) Saatland und zusätzliches Weideland, Bauholz für den Hausbau, „Besatz“ an Tieren, Saatgut und Gerät sowie eine bestimmte Zahl an Freijahren von der Steuer ausgelobt, bei Bedarf auch noch Zehrgeld für die Anreise. Je mehr der Kolonist in der Lage war, an eigenen Mitteln zu investieren, umso mehr vergrößerte sich die Zahl der Freijahre, die von drei bis zu neun Jahren reichen konnten. Diese Bemühungen erbrachten jetzt auch ein günstigeres Ergebnis. Allein in den beiden besten Jahren 1724 und 1725 konnten rund 10.000 Personen gewonnen werden. Angesiedelt wurden vorwiegend Schweizer, Pfälzer und Nassauer. Mit diesen drei Siedlergruppen wurden auch besondere Colonie-Contracte geschlossen, die ihnen gewisse Selbstverwaltungsrechte einräumten. Dabei mußten die Angehörigen dieser „Colonien“ nicht unbedingt in geschlossenen Siedlungen angesetzt sein. Vom Jahr 1726 ab wurden schließlich denjenigen Colonisten, die gut wirtschafteten, die Höfe bzw. Wohnungen zu Eigentum überlassen, so daß sie sie auch vererben konnten⁴⁶. Es blieben aber weiterhin die Zins- und gegebenenfalls die Scharwerkspflichten bestehen, was etwa unserer heutigen Steuerpflicht entspricht.

Unter den vielen aus allen Himmelsrichtungen Zugewanderten fanden sich natürlich auch „schwarze Schafe“. Diese nutzten wohl die Freijahre, verkauften dann das als Besatz erhaltene Vieh und Gerät und entflohen, begingen also strafrechtlich eine Unterschlagung. Diese Handlungsweise sah der König als Fahnenflucht an und ließ die Entlaufenen wie Deserteure suchen. Wurden sie gefaßt, so erhielten sie strenge Strafen, und diejenigen, die sie faßten oder anzeigten, erhielten Belohnungen. Sicher trug zu dem „Entlaufen“ auch die harte Arbeit bei, die unwirtliche Umgebung, die oft unfreundliche Behandlung durch die Behörden und durch die angesessene Bevölkerung. Auch hierzu erließ der König wiederholt Weisungen, um Auswüchsen zu steuern. Andererseits behielt der Staat sich das Recht vor, schlecht wirtschaftende Bauern und Handwerker aus den ihnen überlassenen Liegenschaften wieder zu entfernen oder ihnen zumindest Teile davon abzunehmen. Zu diesem Zweck mußten die Ämter über die Zahl der guten und der schlechten Wirte regelmäßig berichten.

So machte das Retablisement in den sechs Jahren von 1721 bis 1726 gute Fortschritte, ja es schien, als ob das gesteckte Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen sei. Da brachte ein erneuter Rückschlag die weitere Entwicklung,

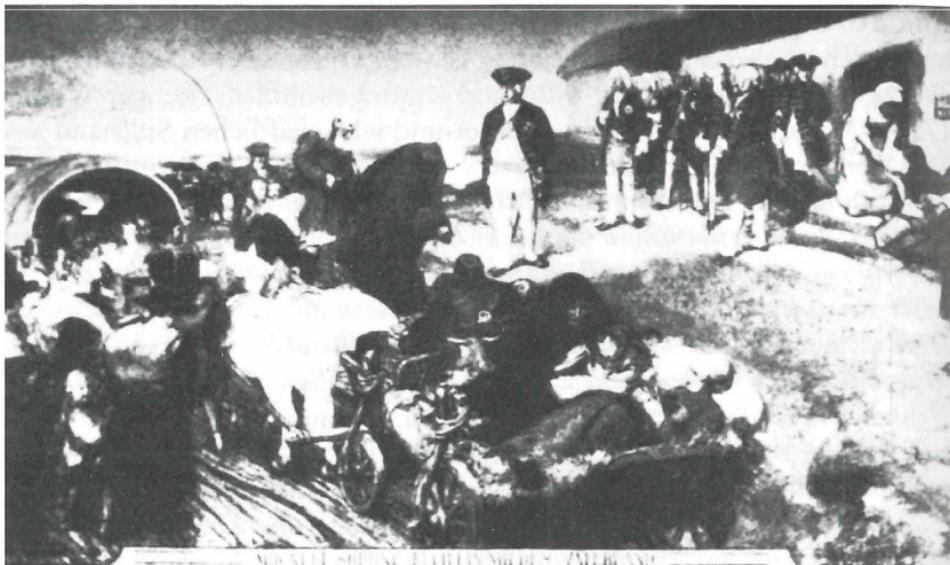
zum Teil sogar das bisher Erreichte in Gefahr. Mißernten und Unwetter hatten schon immer die Entwicklung zeitweise behindert. Aber eine große Trockenperiode im Sommer 1726 und ein ungewöhnlich strenger Winter 1726/27 kündigten erneut Hungersnot und wirtschaftlichen Stillstand an. Der König schrieb entsetzt an seinen Freund Fürst Leopold von Dessau⁴⁷:
. . . es ist da alles so desperat und Miserable das ich nicht anders zu sagen als das Gott ein fluch über das landt geschicket habe itzo bekomme nits au contrer ich muhs geldt hinsenden wenn ich mein dage das landt nit hette gehat so wehre ich Reicher und alle meine Sachen stunden besser als itzo denn Preussen Ruiniret mich totahll das frist mir auf. . . es ist so Miserabler winter das ich noch nicht habe sagen können dieses wetter ist die letzte öllung vor Preussen.

Ehe weitere Pläne erörtert werden sollten, verlangte der König eine generelle Überprüfung des bisherigen Werks. Sie zeigte auf, daß die jungen Ansiedlungen noch auf schwachen Füßen standen und sehr anfällig waren, daß aber auch Mängel und Fehler in der Planung und Durchführung des Retablissemments vorgekommen waren, ohne daß es jedoch Fehler vom Grundsatz her gewesen wären. Friedrich Wilhelm I. entschied, keine großen Anstrengungen für das Retablissemment mehr zu unternehmen, sondern nur noch auf eine Konsolidierung des Bisherigen hinzuarbeiten. Preußen rückte in den Hintergrund, und für längere Zeit betrachtete der König alles, was damit zusammenhing, mit Mißtrauen und Sorge. Unter der unermüdlichen Fürsorge des zuständigen Ministers von Görne brachten die nächsten Jahre allmählich eine Beruhigung und in der Tat die dringend nötige Konsolidierung.

Die Ansiedlung der Salzburger Emigranten

In dieser Situation zeichnete sich im Winter 1731/32 die Möglichkeit ab, die Salzburger Emigranten als Kolonisten gewinnen zu können. Die Landesverwaltung in Preußen lehnte die Aufnahme neuer Siedler als nicht realisierbar ab, und auch der König trat nur zögernd dieser Idee näher. Dann aber fiel doch die Entscheidung des Königs zugunsten der Aufnahme der Emigranten, wobei sicher die Hilfsbereitschaft für die Glaubensflüchtlinge – von deren Ordentlichkeit und Glaubenstreue er sich zuvor überzeugt hatte – im Vordergrund stand. Sicher hatte der Rat des kaiserlichen Gesandten ein gewisses Gewicht, der die Aufnahme empfohlen hat, und schließlich wird der König auch noch ungenutzte Möglichkeiten zur Aufnahme in Preußisch-Lithauen gesehen haben, wie es sich dann auch im Zeitablauf bestätigte.

Den ganzen Sommer des Jahres 1732 über zogen die Auswandererzüge nach Berlin. Die meisten von ihnen wurden dann von Stettin aus mit Schiffen nach Königsberg gebracht. Die Trecks mit Pferd und Wagen zogen auf dem Landweg nach Preußen. Alle Gruppen wurden von preußischen Kommissaren begleitet, die mit Zehrgeld ausgestattet waren und für



Monumental-Fresko vom Zug der Salzburger Emigranten durch Preußen in der Aula des Friedrichs-Gymnasiums in Gumbinnen von Prof. Otto Heichert (Kunstakademie Königsberg)

sichere Übererkunft sorgten. Der zentrale Zielort war Gumbinnen, wo die ersten Emigranten Ende Juni, die letzten im November 1732 eintrafen.

Mit dem Erlaß des Aufnahme-Patents durch Friedrich Wilhelm I. im Februar 1732 erging gleichzeitig Weisung nach Preußen, die Aufnahme der Emigranten vorzubereiten. Doch hatte man zunächst nur an 1000 Personen gedacht, dann an 4000 und endlich an 10.000 Einwanderer: tatsächlich wurden es 16.000. Knapp 2000 von ihnen fanden im Königsberger Bezirk Aufnahme, alle anderen zogen weiter nach Gumbinnen.

Obwohl Sitz der Kriegs- und Domänenkammer, war Gumbinnen zu jener Zeit im Grund noch ein Kirchdorf mit wenigen Häusern und Bewohnern, konnte mit eigenen Mitteln also wenig bieten. Die Beamten hatten aber nach besten Kräften geplant und konnten so in ihrem Bezirk annähernd 1000 Einwanderer unverzüglich und endgültig unterbringen, vorwiegend „Unangesessene“. Für alle anderen nahte der Winter, ohne daß Endgültiges für sie getan werden konnte. So blieb es zunächst bei Notmaßnahmen: das waren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie Roden und Freimachen wüster Feldstücke, damit sie im kommenden Frühjahr sofort bestellt werden konnten. Die hier eingesetzten Kräfte mußten oft in Zelten wohnen. Andere wurden mit Fuhrn beschäftigt, die Mehrzahl blieb aber ohne Arbeit. Mit Einbruch des Winters fanden auch diese vorläufigen Tätigkeiten ein Ende, und die Salzburger waren für lange Wintermonate zur Untätigkeit gezwungen. Sie wurden auf verschiedene Dörfer verteilt und dort behelfsmäßig bei den Dorfbewohnern einquartiert. Aus der Staatskasse wurden die Kosten für Unterkunft und Verpflegung bestritten.

Mit dem Frühjahr 1733 begann die endgültige Ansiedlung der Emigranten, die sich bis in das nächste Jahr (1734) hinzog. Im Grundsatz sollte jeder entsprechend seiner früheren Tätigkeit wieder beschäftigt und angesiedelt werden. Handwerker und Manufakturisten wurden vorwiegend in den Städten und in Kirchdörfern angesetzt. Die Ansiedlung auf Bauernstellen erwies sich als sehr schwierig. Grundsätzlich versuchte man, bestehende Familien- und Dorfgemeinschaften zusammen unterzubringen. Da jedoch keine größeren zusammenhängenden freien Flächen mehr zur Verfügung standen, mußten solche Gemeinschaften oft geteilt werden. Ferner konnte die ausgelobte Gesamtfläche für die einzelnen Hofstellen nicht immer erreicht werden. Auch war der vom Staat recht großzügig zur Verfügung gestellte „Besatz“, d. h. die Erstausrüstung mit Vieh, Saatgut und Arbeitsgeräten sowie erforderlichenfalls auch Baumaterial, nicht überall rechtzeitig zu realisieren. Schließlich mußten die Neusiedler sich auch erst an die Arbeitsweise in der neuen Umgebung gewöhnen. Es war also ein längerer Prozeß mit zahlreichen Schwierigkeiten, der von der Verwaltung, den bisherigen Bewohnern und den Neuankömmlingen gemeinsam durchgestanden werden mußte.

Nur wenige der Emigranten hatten so viel Vermögen mitbringen können, daß sie sich sofort selbst ankaufen konnten. Alle übrigen waren zunächst darauf angewiesen, aus dem königlichen Besitz Grundstücke mit entsprechenden Dienstbarkeiten anzunehmen. Allerdings erleichterte die Zusage des Königs, bei Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse eigenen Besitz erwerben zu dürfen, den Salzburger Bauern die Annahme zunächst dieser kleineren und abhängigen Hofstellen. Weiteres Land wurde für die Neuankömmlinge auch dadurch gewonnen, daß – nach einem allgemein geltenden Grundsatz – unzureichend bewirtschaftete Grundstücke ihren Verwaltern ganz oder teilweise abgenommen und anderen übertragen wurden; eine frühe Form des Leistungsdenkens.

Trotz dieser in der Gesamtsicht recht günstigen Regelungen für die Neuankömmlinge waren viele Unbilden von ihnen zu ertragen. Dabei spielte die Umgebung mit den Unzulänglichkeiten eines Kolonistenlandes eine große Rolle, zumal die Infrastruktur erst allmählich verbessert werden konnte. Vor allem aber war das Klima des flachen Küstenlandes für die Bergbewohner nur schwer zu ertragen, das zum östlichen Festland offene Gebiet mit seinen kontinentalen Witterungseinflüssen. Hinzu kamen das andersartige Wasser und die Ernährungsmöglichkeiten mit ihren landestypischen Elementen. „Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Umsiedlung nicht geringe Opfer an Menschenleben und Arbeitskraft erfordert hat, die mehr oder weniger den mit der Anpassung an völlig neue Verhältnisse verbundene Schwierigkeiten zu Lasten zu legen sind.“⁴⁸

Um die Ansiedlung der Salzburger Emigranten zielstrebig planen zu können, waren sie eingehend nach ihren persönlichen Verhältnissen befragt worden, nach den Familienverhältnissen, Herkunft, Beruf, Vermögensverhältnissen u. a. m. Die Aussagen wurden in umfangreichen Protokollbän-

den, den „Examina“, niedergelegt. Damit wurde zugleich die Grundlage geschaffen, über das in Salzburg verbliebene Vermögen der Emigranten mit dem Fürstbistum zu verhandeln. Hiermit war ein preußischer Kommissar vom König beauftragt, der tatsächlich in den nächsten Jahren einige Vermögensteile erlösen und nach Preußen schicken konnte. Diese ermöglichten es wiederum einzelnen Emigranten, sich auf eigenen Hofstellen anzukaufen und damit selbständig zu machen. Von ihrer Wanderschaft hatten die Neuankömmlinge auch zahlreiche Silbermünzen mitgebracht, die ihnen unterwegs durch Kollekten und Geschenke zugeflossen waren. Sie tauschte der preußische Staat zum vollen Kurswert um.

Schließlich wurden die Neubürger zur Eidesleistung auf den Landesherrn herangezogen. Für die „Unangessenen“, d. h. die Dienstleute, Gärtner, Tagelöhner, Knechte und Mägde, wurde eine besondere Eidesformel gewählt, während für die bäuerlichen Wirte und die städtischen Bürger die üblichen Eidesformeln angewandt wurden. Diese Vereidigung wurde durch eine besondere Kommission vorgenommen, der neben den örtlichen Beamten auch Geistliche und Vertrauensleute der Salzburger angehörten. Dennoch zog sich diese Aktion viele Monate hin.

Die Ansiedlung auf den dafür vorgesehenen Hofplätzen war sehr mühsam, sie war echte Kolonisten-Arbeit. Es dauerte mehrere Jahre, bis auch die letzten Bauernhöfe baulich instandgesetzt, alle Felder bestellt und die Viehhaltung in Ordnung gebracht waren. Gegen viele persönlichen Widerstände und sachliche Schwierigkeiten war anzukämpfen, unter beständiger Anteilnahme des Königs, der sich laufend über den Fortgang berichten ließ und mit Lob oder Tadel energisch den Fortgang betrieb. Im Jahr 1736 war im wesentlichen das große Werk vollendet. Verwaltungsmäßig fand es seine Krönung in dem Colonie-Statut, das den Salzburger Colonie-Bauern – wie zuvor den Schweizer und Pfälzer Ansiedlern – gewährt wurde. Im wesentlichen räumte es den Salzburgern trotz ihrer räumlichen Trennung Selbstverwaltungsrechte ein, z. B. die Wahl von 26 Ältesten als ihre Sprecher, die mögliche Umsetzung von schlecht wirtschaftenden Bauern, eine Besitzstandswahrung für die Gesamtzahl ihrer Höfe, die gemeinsame Garantie für ihre Abgaben (Einer für alle, alle für einen) sowie die Befreiung vom Scharwerk.

Das Einleben der Salzburger in Preußen

Die vorangegangene Aufzählung der Fakten dieser mehrjährigen Ansiedlungsarbeit gibt die eine Seite dieses großen Werks und der an ihm Tätigen wieder: den materiellen Einsatz und die erbrachte Arbeitsleistung, beides wohl aller Anerkennung wert. Darzustellen bleibt aber noch die persönliche Situation der Betroffenen. Sie sei hier zugleich beispielhaft gebracht für alle Ansiedlungswellen im Rahmen der Repeuplierung. Sie bildet aber wegen ihrer Geschlossenheit ein Spezifikum und gleichzeitig den Schlußbaustein in diesem großen Werk.

Die Salzburger Emigranten waren im Winter 1731 bzw. im Frühjahr 1732 aus ihrer Heimat ausgezogen. Über 200 Jahre, sieben Generationen der bäuerlichen Geschlechter lang, hatten sie einer geheimen Kirche angehört. Sie hingen einem frühreformatorischen Luthertum an, das sie von den Eltern an die Kinder weitergaben, ohne die Möglichkeiten einer offiziellen religiösen Erziehung. Ihnen standen keine Pfarrer oder Prädikanten bei und sie hatten keine Gemeindestruktur mit ihren vielfältigen Hilfen. Dieser Kryptoprottestantismus stand tagtäglich im Gegensatz zu der Obrigkeit, bei der im Fürstbistum geistliche und weltliche Macht Hand in Hand arbeiteten. Hinzu kamen nach einigen Jahren relativer Ruhe immer wieder Zeiten der Ausforschung und Verfolgung in stetem Wechsel. Es bedurfte also ständiger Anpassung an die im Land geltende Religion mit ihren vielfältigen, auch äußerlichen Erscheinungsformen, um sich und seine Angehörigen vor Entdeckung zu schützen. Es bedurfte gleichzeitig ständiger Bemühung, um unter diesem Schutzmantel nach außen den wirklich angehangenen Glauben im Innern zu bewahren. Ihre einzigen Hilfs- und Stärkungsmittel dabei waren Bücher: Bibeln, Bet- und Gesangbücher, Sendbriefe.

Mit einer in wenigen Monaten sich ständig steigernden Pression waren sie 1731 vor ihre Existenzfrage gestellt worden: Glaube oder Heimat. Trennung von Hab und Gut, Verlust der vertrauten Umgebung, oft genug Zerreißen freundschaftlicher und familiärer Bande, Ungewißheit der Zukunft. Und wieder war ihnen letztlich die Bibel die einzige Hilfe für die von ihnen zu treffende Entscheidung.

Nach der Entscheidung für ihren Glauben und damit für die Emigration, nach dem schmerzhaften Auszug aus der Heimat ergab sich für die Mehrzahl von ihnen ein grundlegender Wandel! Ein König bot ihnen eine neue Heimat an: Selbst als Reformierter anderen Glaubens, war sein Herrscherhaus seit Generationen für seine Toleranz ausgewiesen. Königliche Beamte begleiteten die Exulanten, gewährten Schutz und sorgten für den Unterhalt. Prediger wurden ihren Zügen beigegeben, die mit ihnen beteten und sangen, das Abendmahl feierten und ihnen Gottes Wort nahebrachten. Welch ein Wandel gegenüber ihrer bisherigen Obrigkeit! Auch ihre Umgebung kam ihnen auf den Wanderwegen freundlich entgegen. Das ungewöhnlich lebhafte Interesse, das die einfach als nicht mehr zeitgemäß⁴⁹ empfundene Vertreibung der Salzburger Protestanten in der europäischen Öffentlichkeit fand, zeigte sich auch dort, wo keine Emigranten hinkamen. Druckschriften und Bilder berichteten über das Geschehen, und Kollekten mit zum Teil namhaften Ergebnissen konnten den Emigranten übermittelt werden. Und dort, wo sie selbst durchzogen, wurden sie hilfreich aufgenommen, beköstigt und beschenkt. Gemeinsame Gottesdienste führten Gäste und Gastgeber zusammen.

Wahrscheinlich war dann die lange Seereise von Stettin nach Königsberg wie auch für die anderen Emigranten der Wanderweg durch das polnische Westpreußen nicht mehr so angenehm. Umso mehr freute man sich wohl

auf das endgültige Ziel des langen Weges: Preußen. „Das mag sie wohl verführt haben, sich von der neuen Heimat Ostpreußen fast ein Paradies zu versprechen. Niemand von den Tausenden ahnte, daß nun, da sie sich endlich am Ziele glaubten, die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen sollten. Vieles traf zusammen, um die hochgemute Stimmung in eine große Ernüchterung umschlagen zu lassen.“⁵⁰

Die Enttäuschung begann damit, daß die Mehrzahl noch keine feste Bleibe fand – ihre Zukunft blieb also nicht nur im Ungewissen, sondern durch das Erleben der fremden Umwelt wurde sie noch ungewisser. Die Überbrückungsarbeiten des Rodens und der Aushilfe waren unterwertig gegenüber ihrer früheren selbständigen Arbeit auf eigenem Grund und Boden. Andererseits erhielt man auch Zehrgeld, wenn man nicht arbeitete, was sicher nicht den Arbeitseifer förderte. Mit dem Winter (bereits im September 1732 fiel der erste Schnee) begann für alle eine schier endlose Zeit der Untätigkeit in Enge und Dunkelheit. Erfuhren sie während ihrer langen Wanderschaft immer neue Eindrücke und Erlebnisse, so umgab sie jetzt bedrückende Enge, Eintönigkeit, Fremdheit und beginnende Verzagt-heit. Sie gedachten ihrer schönen Heimat und der dort Gebliebenen, sie gedachten ihrer Toten während des langen Marsches und sie vermißten ihre Freunde und Nachbarn. Denn ihre jetzigen Nachbarn und Gastgeber waren ihnen fremd nach Dialekt und Lebensweise. So erfaßte sie das Heimweh, und die Unruhe begann sie umherzutreiben auf der Suche nach Verwandten und Freunden, zum Kennenlernen der Lebensbedingungen der anderen, zum Austausch von Erinnerungen und von sorgenvollen Gedanken.

Wer die Zeit nach 1945 bewußt erlebt hat, wird sich der endlos hin und her ziehenden Flüchtlingsscharen erinnern, voller Unruhe und Zweifel steckend, Informationen und Kontakte suchend, vielfach emotional und impulsiv handelnd. Der Vergleich ist offensichtlich.

Im Frühjahr 1733 blieben die Unruhe und die Zweifel, auch als die endgültige Ansiedlung begann. Viele Wünsche blieben unerfüllt, Erwartungen wurden enttäuscht, manches blieb für sie auch einfach unverständlich. Die von Haus aus gegebene Vorsicht gegenüber der Obrigkeit wuchs zum Mißtrauen und zum Widerspruch. Aus Mißtrauen verweigerte man zunächst die Herausgabe der Dokumente, die das Geltendmachen von Ansprüchen in Salzburg erst ermöglichten. Statt eines königlichen Kommissars wollte man eigene Vertreter entsenden. Den Eid wollte man nicht leisten; sprach nicht die Bibel gegen die Eidesleistung? Hinzu kamen die Unbilden des ungewohnten Klimas. „Die sehr viel größere Wirkung hatte aber in diesem Fall der Übergang vom Hochgebirge ins Flachland. Sie äußert sich nach Hellpach oft als leichte Lähmung, die Unlust zu Tätigkeit hervorruft und beim Heimweh der Älpler ausgeprägt depressive Zustände annehmen kann.“⁵¹

Erste Anzeichen der Unruhe und Unzufriedenheit müssen bereits im Sommer 1732 erkennbar geworden sein. Unter dem 29. August 1732 erließ

der König eine besondere Instruktion für die Emigranten *Declaration, Wie die in Preußen Angekommenen Salzburger sich verhalten sollen*. Sie faßte das bereits früher, etwa im Ansiedlungspatent und einzelnen Direktiven Gesagte zusammen, wendet sich dann aber mit deutlichen Worten an die Unruhegeister unter den Emigranten, ermahnt sie mit väterlicher Strenge und droht gar an, daß wenn *einige Widriggesinnte herfür thun wollen, diese aber, wenn man sie in ihrem Eigensinn wollte hingehen lassen, ihnen nur selbst mit anderen schaden und an den Bettelstab bringen würden; So wird dieses denen sämtlichen redlich Gesinnten Salzburgern zum besseren Unterricht, denen Wankelmüthigen hingegen und denen, welche allen vernünftigen Vorstellungen aus blossem Eigensinn keinen Platz geben wollen, zur ernsten Verwarung und bei Vermeidung unausbleiblicher Strafe, wozu es doch kein rechtschaffner Unterthan, viel weniger ein solcher Christ, der es mit seinem Gott recht meynet, und seinen Segen von ihm verlangt, kommen lassen wird*⁵².

Mit bewundernswerter Geduld, aber auch mit Strenge trieb der König das Kolonisationswerk voran, ermahnte die Beamten zur pflichtgemäßen Betreuung der Emigranten und diese zum Erbringen ihres Beitrags zum Gelingen des großen Werks. Letztmals, im Sommer 1735, mußte er ein ernstes Wort an beide Gruppen richten, dann waren die größten Schwierigkeiten überwunden, und die weitere Entwicklung vollzog sich in ruhigen und geordneten Bahnen.

In den ersten vier Jahren überwogen die negativen Urteile in den Berichten der Gumbinner Kammer. Die Salzburger wurden als eigensinnig, halsstarrig, mißtrauisch, grob, faul, unzufrieden und ewig klagend bezeichnet. Aber schon 1733 tauchen die ersten positiven Urteile auf, die ab 1736 dann einhellig sie als fleißig, zuverlässig, sparsam und ordentlich bezeichnen, allerdings auch als langsam bei der Arbeit und mit Neigung zum Jähzorn, letzterer ließe sich aber mit Nachsicht leicht steuern.

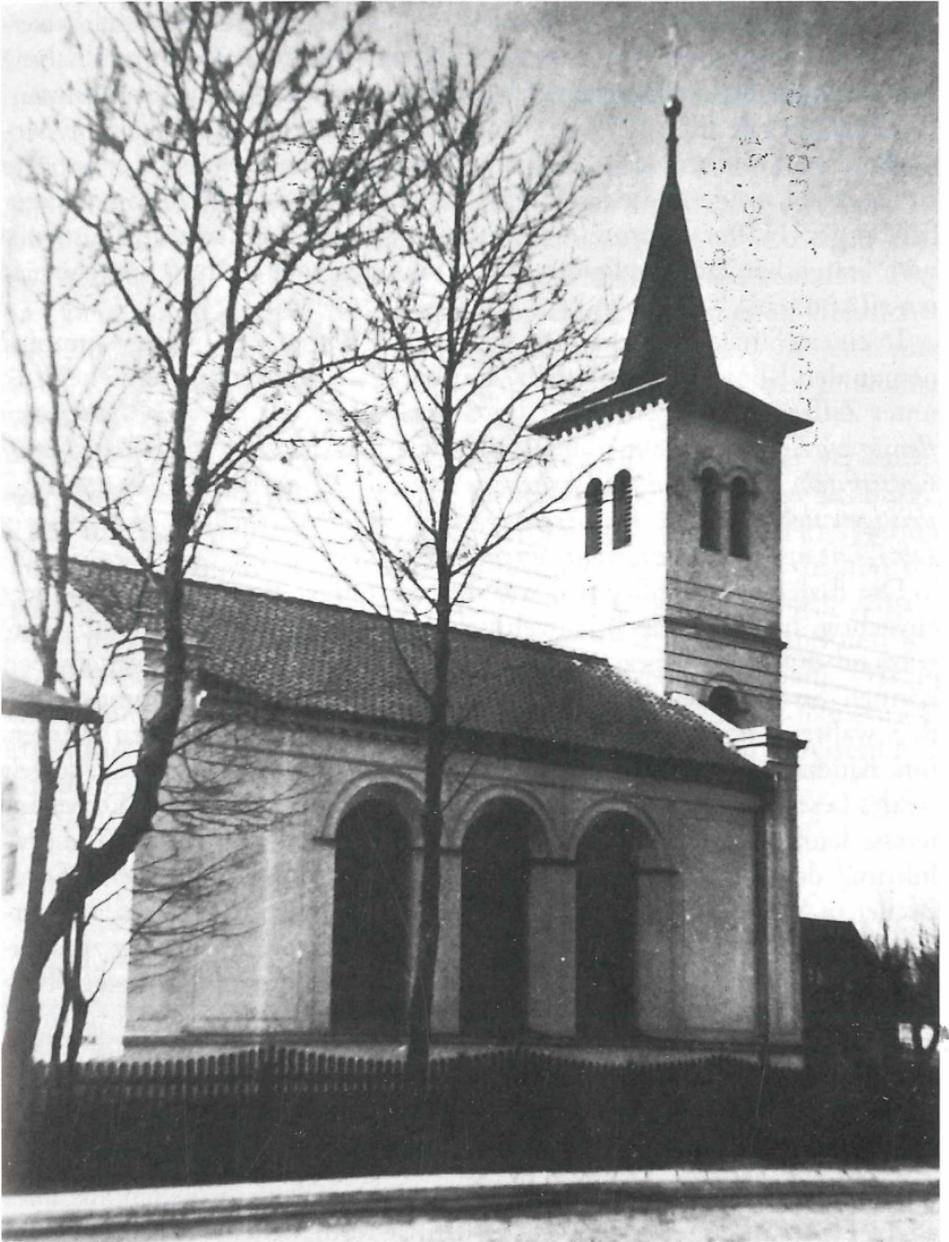
Wie schnell und gründlich sie im fremden Land Fuß faßten, weist eine Gegenüberstellung von zwei Statistiken aus den Jahren 1734/44 aus⁵³:

		1734	1744	Differenz (Spalte 4 – Spalte 3)	Spalte 5 in % von Spalte 3
1	2	3	4	5	6
	In den Städten wohnend	1059	1160	+ 101	+ 10
I	Auf adeligen Gütern wohnend	–	154	+ 154	+ 2
	In den königl. Ämtern wohnend	9076	9096	+ 20	
	Städtische Tagelöhner	694	162	– 532	– 77
	Handwerker	246	696	+ 450	+ 183
	Auf selbst erworbenen Gütern wohnend	346	1578	+1232	+ 356
II	Angesiedelte Gärtner und Hofleute	405	426	+ 21	+ 5
	In den königl. Ämtern angesiedelt	3836	5336	+1500	+ 39
	Tagelöhner u. Handwerker auf dem Land	3232	1731	–1501	– 46
	Noch anzusetzen	320	–	– 320	– 100

Während sich die Verteilung zwischen Stadt und Land kaum verändert hatte, zeigt die Verteilung unter den beruflichen Tätigkeiten signifikante Veränderungen. Die Zahl der Handwerker hat sich annähernd verdreifacht, die Zahl der auf selbst erworbenen Gütern Lebenden fast verfünffacht. In derselben Zeit ging der Anteil der städtischen Tagelöhner um 77% und der der Tagelöhner auf dem Land um 46% zurück. Betrug der Anteil der Unselbständigen 1734 noch 51%, so sank er in den folgenden zehn Jahren auf 23%. Die Emigranten waren seßhaft geworden und hatten in der Mehrheit wieder Eigentum erworben.

Diese rasche wirtschaftliche und rechtliche Konsolidierung bei den Salzburger Einwanderern setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Es war wohl der Charakter des bäuerlichen Menschen, der ihn so rasch in Preußen Wurzeln schlagen ließ. Die neue Heimat hat er sich mühevoll erarbeitet, und ihr fühlte er sich verbunden, erst allmählich, dann auch ihren Menschen. Ihre neuen Mitbürger waren ihnen zunächst noch weitgehend fremd geblieben, oft durch die Sprache, durch ihre Sitten und Gebräuche unterschieden. Auch in ihrem Glauben blieben sie weitgehend für sich, obwohl hier viel Übereinstimmung mit der Umgebung vorlag, zumindest keine Gegnerschaft. Und aller Obrigkeit gegenüber waren sie ohnehin kritisch eingestellt. Ihr ausgeprägter Individualismus, ihre Eigenständigkeit und ihr Wunsch auf Selbstbestimmung fanden deutlichen Ausdruck. Lediglich der König bildete eine Ausnahme, ihm hingen sie mit kindlicher Liebe und Verehrung an und folgten letztlich auch allen seinen Anordnungen. Das Bewußtsein, einer besonderen Gemeinschaft anzugehören, durch viele Gefahren, Sorgen und Erlebnisse mit einander verbunden zu sein, trug sie und verband sie. Diese freiwillige Absonderung hielt sich noch zwei bis drei Generationen lang und zeigte sich am deutlichsten bei den Eheschließungen, die fast nur unter den Salzburger Nachkommen stattfanden. Erst mit der Aufhebung des Colonie-Statuts im Rahmen der Stein-Hardenbergschen Reformen und durch das gemeinsame Erleben der Napoleonischen Kriege 1806/07 und 1812/13 schwand allmählich diese Trennlinie zu ihren Nachbarn.

Erhalten blieb ihnen – und das ist wohl das wesentlichste – ihre religiöse Bindung. Sie hielten weiterhin ihre Bücher in hohen Ehren, waren sie doch über zwei Jahrhunderte die Quelle ihres Glaubens und Wissens gewesen. Jetzt kam das gesprochene Wort der Prediger hinzu, denen sie gern lauschten und denen sie Fragen stellen konnten. Der König hatte angeordnet, daß bereits den Emigrantenzügen vier Prediger – Absolventen aus Halle – beizugeben waren, um für ihre seelsorgerische Betreuung zu sorgen. Sie begleiteten die Salzburger bis Preußen und blieben dort, neben den gegebenenfalls noch zuständigen örtlichen Pfarrern, auch weiterhin für sie als besondere Ansprechpartner und Betreuer erhalten. Sie wirkten bei Verhandlungen und in Kommissionen der Ansiedlung und des Alltags mit, beispielsweise bei der bereits erwähnten Eides-Kommission. Der bekannteste und einflußreichste von ihnen war der Pastor Johann Friedrich Breuer, der



Die Salzburger Kirche (als Teil der Stiftung „Salzburger Anstalt“) in Gumbinnen

nach mehrmaligem Ortswechsel für lange Jahre in Stallupönen tätig war und sich besonders um die Salzburger Schulen verdient gemacht hat.

Die Salzburger Emigranten kamen in die Aufbauphase der Schul- und Kirchenreform hinein. Durch ihr eigenes starkes religiöses Engagement brachten sie einen zusätzlichen Impuls. Und einige Kirchen, die nach ihrer Ankunft gebaut wurden, werden sogar als Salzburger Kirchen bezeichnet, so zum Beispiel in dem Dorf Lengwethen und in Gumbinnen, wobei letztere sogar Eigentum der dortigen Salzburger Stiftung gewesen ist. Häufig

wurden die Gottesdienste der Salzburger auch von anderen besucht, besonders von Litauischsprechenden, da diese von der gläubigen Anteilnahme und Andacht der Salzburger tief beeindruckt waren. So hat der Emigranten-Prediger Friedrich Wilhelm Haak, der aus Deutsch-Crottingen im Memelland stammte, ein deutsch-litauisches Bibellexikon verfaßt; er gehörte zu den vier Predigern, die die Emigrantenzüge begleitet hatten. Ein anderer Salzburger, Hoffer, erlernte die litauische Sprache, um mit den Einwohnern litauischer Zunge religiöse Versammlungen auch in ihrer Sprache halten zu können⁵⁴.

In einem Situationsbericht der Kriegs- und Domänenkammer Gumbinnen an den König aus dem Jahr 1744 über die Salzburger Colonie heißt es unter Ziffer 2, ‚Christenthum‘: *Im Christenthum sind sie eifrig, halten sich fleissig zu Kirche und zur Communion, ihre Kinder führen sie gleichfalls zur Gottesfurcht treulich an und halten sie von Jugend auf zur Schule, anbei beflissigen sich dieselben der Gerechtigkeit gegen ihren Nächsten und sind der Obrigkeit und ihrer Herrschaft getreu.*⁵⁵

Die Bedeutung der Schulen war den Salzburger Emigranten besonders einsichtig, hatten sie doch jahrzehntelang ihre religiöse Überzeugung vorwiegend durch das Lesen christlicher Schriften erhalten und weitergeben können. So begannen sie sofort nach ihrer Ankunft in Preußen und besonders während der erzwungenen Untätigkeit während des langen Winters ihre Kinder zu unterrichten. Auch Erwachsene nahmen daran teil, soweit sie des Lesens und Schreibens nicht hinreichend mächtig waren. Dieses Interesse kam den Intentionen des Königs entgegen, der sich ja um die Einführung der Schulpflicht bemühte. Am 26. August 1733 erhielt Pfarrer Breuer in Stallupönen den Auftrag, die Amtsbezirke mit starkem Salzburger Siedlungsanteil zu bereisen und Vorschläge für die Errichtung zusätzlicher Schulen zu machen. So entstanden die sogenannten Salzburger Schulen, von denen bis 1735 insgesamt 18 eingerichtet und mit Salzburgern als Lehrer besetzt wurden. Der Bau der Schulhäuser nahm etwas mehr Zeit in Anspruch, so daß die Lehrer zunächst in ihren Wohnstuben unterrichten mußten. Die Salzburger Schulen hatten wegen ihrer Qualität einen besonders guten Ruf und wurden für weite Teile der Bevölkerung beispielhaft.

Die Salzburger Protestanten waren um ihres Glaubens willen aus ihrer alten Heimat ausgewandert. „Aus Christ-Königlichem Erbarmen und herzlichem Mitleiden“ bot ihnen der preußische König eine neue Heimstatt. Unter großer Mühsal schufen sie sich dort – mit tatkräftiger Unterstützung durch den Staat – eine neue Lebenswelt. So konnten sie ihren Glauben bewahren, brachten manche Handfertigkeiten für das wirtschaftliche Leben in Preußen mit und gaben Impulse für das geistige und geistliche Leben in ihrer neuen Heimat.

Horst-Günter Benkmann hat über sechzig Persönlichkeiten nachgespürt und ihr Leben in seinem Buch „Wege und Wirken – Salzburger Emigranten und ihre Nachkommen“ beschrieben. Im Vorwort sagt er: „Aber die Tradition ist nicht nur als Erinnerung geblieben, sie wird weitergetragen

von vielen Menschen, die sich der Herkunft ihrer Vorfahren bewußt sind. Die Tradition erscheint aber auch im Leben und Wirken der Nachkommen Salzburger Emigranten in vielfältiger Form. Viele von ihnen haben ihrer neuen Heimat nicht nur treu gedient, sondern sind Persönlichkeiten geworden, die sich aus der Menge der Bevölkerung heraushoben. In allen Schichten und Berufen finden wir sie, sei es als musische Menschen, als Dichter, Künstler und Schriftsteller, sei es als aktive und oft sehr eigenwillige Politiker aller Richtungen, sei es als Landwirte, die insbesondere Ostpreußens Landwirtschaft zu Erfolgen gebracht haben, sei es als Geistliche, sei es in vielen anderen Berufen und Lebenswegen.“⁵⁶ Für viele seien hier genannt die Dichter Agnes Miegel und Eduard Mörike, der Diplomat Rudolf Nadolny und der Historiker Andreas Hillgruber.

Erhalten blieb den ostpreußischen Salzburgern – trotz ihrer Verwurzelung im neuen Heimatboden – ihre Liebe zur alten Heimat im Salzburgerischen und den Menschen dort. In den ersten Jahren nach der Emigration wurden noch Briefe gewechselt, und gelegentliche Besucher hielten die Verbindung aufrecht. Auch nachdem diese personalen Bindungen vergangen waren, blieb eine gefühlsmäßige Neigung zu dem Alpenland und seinen Menschen. Die Gründung des Salzburger Vereins im Jahr 1911 in Gumbinnen und die seitdem intensivierten Besuche, Jugendaustausch, Familienforschung usw. über zwei Weltkriege und eine erneute Vertreibung hinweg legen noch heute beredtes Zeugnis davon ab.

Ergebnis der Betrachtung

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erlebte Preußen und dort vor allem Preußisch-Litthauen Katastrophen, die heute nur noch von Bangladesch oder der Sahel-Zone berichtet werden. Das Land erfuhr dann eine Wiederaufbauphase unter großen Schwierigkeiten und mehrfachen Rückschlägen. Sie fand erst um 1740 ihren Abschluß, nach der Ansiedlung der Salzburger Emigranten. Mit der Wiederbesiedlung und dem wirtschaftlichen Aufbau war zugleich eine grundlegende Verwaltungs- und Steuerreform sowie ein intensiver Ausbau der Kirchen und Schulen verbunden. Fritz Terveen kommt in seiner Göttinger Dissertation 1952 zu dem Schluß⁵⁷: „Bei der Überprüfung des Aktenmaterials, das über sein Werk in Preußisch-Litauen vorliegt, drängt sich förmlich die Erkenntnis auf: Für Friedrich Wilhelm I. war das litauische Retablissement ganz wesentlich auch ein Bau am Reiche Gottes auf Erden. Ich sehe daher, im Gegensatz zu den bisherigen Untersuchungen, das Retablissement Preußisch-Litauens nicht nur als einen Zusammenhang von Verwaltungs-, Wiederherstellungs- und Meliorationsmaßnahmen, sondern vor allem als ein religiös fundiertes Verwaltungs- und Erziehungswerk, das die inneren und die äußeren Verhältnisse Nordostpreußens verwandelt und neu gestaltet hat.“

Viele trugen zu diesem Werk bei: Holländische Mennoniten, wallonische und französischen Hugenotten, Schweizer Calvinisten, Salzburger Protestanten, fast alle deutschen Stämme – vorwiegend die oberdeutschen –, Polen, Litauer und nicht zuletzt die Ureinwohner Preußens, die Prußen. Nach heutigem Sprachgebrauch wahrlich eine multikulturelle Gesellschaft! Der Nichtpreuße August Hermann Lucanus, seit 1732 preußischer Hofgerichtsrat am litthauischen Hofgericht zu Insterburg, schrieb 1748, daß *Preußen vor anderen Reichen und Staaten dieses voraus hat und daher um desto mehr zu bewundern ist, daß in einem Lande mittelmäßiger Größe so vielerlei Arten von Menschen beisammen gefunden werden, unter welchen es mancherlei Sprachen, Religionen, Kleidertrachten, Lebensarten, Gebräuche, Sitten und Gewohnheiten gibt*, und hob hervor, daß *in keiner europäischen Landschaft eine stärkere Durchmischung so vieler auswärtiger Völker anzutreffen sei*.

Ein gewaltiger, bisweilen gewalttätiger Wille hatte die Menschen zusammengeführt zu diesem Werk in diesem verwüsteten Land. Der König war die allgegenwärtige und alles bewegende Kraft. Und zugleich war er ein einfühlsamer, mitempfindender Mensch. Ein letztes Zeugnis, das so charakteristisch ist für das alles, sei dafür angeführt, zumal es mit den ostpreußischen Salzburgern direkt zu tun hat. Auf einen längeren Bericht der Kriegs- und Domänenkammer über das Salzburger Hospital zu Gumbinnen antwortete Friedrich Wilhelm I. u. a. folgendes: *Uebrigens und da einige, des Lesens kundige Hospitaliten, euch um Anschaffung einiger Bibeln und Gesangbücher angesprochen haben, denenselben auch billig damit an Hand zu gehen ist: So habt Ihr fordersonst zu melden, wie hoch eine Handbibel, sonderlich ein Neu Testament, von gutem leserlichen druck, auch dergleichen Gesang-*



Hauptgebäude des Altersheims „Salzburger Anstalt“ in Gumbinnen

*buch und Catechismus all dort gebunden zu stehen komme, und wie viel deren ungefähr nöthig sein würden, inmaßen allenfalls von hieraus dergleichen angeschafft und überschickt werden könnten, wenn sich ein merklicher Unterschied von Preisen finden sollte.*⁵⁸

Beide Seiten seines Charakters werden hier deutlich: der strenge Hausvater und der fürsorgliche Hausvater. Ersterer fragt nach Stückzahl und Preisen, letzterer denkt daran, daß die Salzburger Hospitaliten die erbetenen Bücher erhalten sollen, gut *gebunden* für die alten Hände und *von gutem leserlichen druck* für die müden Augen. Am 9. Mai 1740 wurde dies vom König geschrieben, drei Wochen vor seinem Tod, gleichsam ein Schlußstein für die Ansiedlung der Salzburger Emigranten im Rahmen des Retablissemments in Preußisch-Litthauen.

Anmerkungen

- 1 *Marian Tumler* u. *Udo Arnold*, *Der Deutsche Orden* (Bonn-Bad Godesberg 1974), S. 27.
- 2 *Bruno Schumacher*, *Geschichte Ost- und Westpreußens* (Würzburg 1959), S. 77.
- 3 *Erwin Spehr*, *Aus der Geschichte des Kreises Schloßberg*, in: *Schloßberger Heimatbrief* Nr. 24–28 (1986–1990), hier Nr. 25, S. 58.
- 4 *Wilhelm Sahm*, *Geschichte der Pest in Ostpreußen* (Leipzig 1906), S. 21.
- 5 *Spehr* (wie Anm. 3), Nr. 25, S. 62.
- 6 *Rolf Engels*, *Die preußische Verwaltung von Kammer und Regierung Gumbinnen 1724–1870* (Köln–Berlin 1974), S. 9.
- 7 Erst 1905 wurde mit Sitz in Allenstein daraus ein dritter Regierungsbezirk gebildet.
- 8 *Schumacher* (wie Anm. 2), S. 199.
- 9 *Sahm* (wie Anm. 4), S. 41.
- 10 *Ebd.*, S. 84.
- 11 *K. O. Rossius*, *Aus den Pestzeiten im Kreis Goldap*, in: *Prussia. Zeitschrift für Heimatkunde und Heimatschutz* (Königsberg Pr. 1925), Heft 27, S. 54.
- 12 *Sahm* (wie Anm. 4), S. 130, 135 u. 142.
- 13 *N. N.*, *Aus der Geschichte unserer Stadt*, in: *Insterburger Brief* Nr. 7/8 (1983), S. 126.
- 14 *Sahm* (wie Anm. 4), S. 32.
- 15 *Ilse Niehaus*, *Die Heuschreckenplage*, in: *35. Sensburger Heimatbrief* (1990), S. 78.
- 16 *N. N.*, *Aus der Geschichte unserer Stadt* (wie Anm. 13), S. 124.
- 17 *Spehr* (wie Anm. 3), Nr. 26, S. 65.
- 18 *Fritz Terveen*, *Gesamtstaat und Retablissemment* (Göttingen 1954), S. 19.
- 19 *Ebd.*, S. 21.
- 20 Wegen Einzelheiten vgl. insbesondere *Terveen* (wie Anm. 18) mit weiteren Literaturangaben.
- 21 *Hans-Heinrich Müller*, *Domänen und Domänenpächter in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert*, in: *Jb. f. Wirtschaftsgeschichte* (1965), Teil 4, S. 152.
- 22 *Bernhart Jähnig*, *Einsetzung der Generalhufenschußkommission in Preußen unter der Leitung von Karl Heinrich Erbruchseß Graf zu Waldburg*, in: *Ostdeutsche Gedenktage 1989* (Bonn 1989), S. 239.
- 23 *Richter*, *Justizbehörden der Provinz Ostpreußen*, in: *Preußische Provinzialblätter*, Bd. 2 (Königsberg 1829).
- 24 *Faber*, *Über die Verdienste des Königs Friedrich Wilhelm des Ersten um die Verbesserung der Medizinal-Verfassung*, in: *Preußische Provinzialblätter*, Bd. 7 (Königsberg 1832).
- 25 *A. Horn*, *Die Verwaltung Ostpreußens seit der Säcularisation 1525–1875* (Königsberg 1890), S. 293.

- 26 *Heinrich Stephan*, Geschichte der Preußischen Post (Berlin 1859, Ndr. 1976), S. 142 ff.
- 27 *Fritz Gause*, Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 2 (Köln–Graz 1968), S. 59.
- 28 Ostdeutsche Gedenktage 1982 (Bonn 1981), S. 156 ff.
- 29 *Rudolph Stadelmann*, Friedrich Wilhelm I. in seiner Tätigkeit für die Landescultur Preußens (Leipzig 1878), S. 321.
- 30 *Horn* (wie Anm. 25), S. 327.
- 31 *N. N.*, Soldaten halfen beim Neuanfang, in: Ostpreußenblatt Nr. 12 (1967), S. 11.
- 32 *Gustav Schmoller*, Die Verwaltung Ostpreußens unter Friedrich Wilhelm I., in: HZ 15 (1873), 3. Heft, S. 58.
- 33 *Gause* (wie Anm. 27), S. 52.
- 34 *Terveen* (wie Anm. 18), S. 15.
- 35 *Adolf Keil*, Das Volksschulwesen in Preußen und Litthauen unter Friedrich Wilhelm I., in: Altpreußische Monatsschrift NF Bd. 23 (Königsberg 1886), S. 93 ff.
- 36 Ebd., S. 110.
- 37 Zit. nach *Walter Hubatsch*, Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens, Bd. 1 (Göttingen 1968), S. 181.
- 38 *Terveen* (wie Anm. 18), S. 233.
- 39 Ebd., S. 15 u. 144.
- 40 *Hubatsch* (wie Anm. 37), S. 191.
- 41 *Terveen* (wie Anm. 18), S. 139.
- 42 Ebd., S. 41.
- 43 *Gause* (wie Anm. 27), S. 91 ff.
- 44 *Terveen* (wie Anm. 18), S. 78 u. 34.
- 45 *Stadelmann* (wie Anm. 29), S. 323.
- 46 *Max Beheim-Schwarzbach*, Friedrich Wilhelm's I. Colonisationswerk in Lithauen, vornehmlich die Salzburger Colonie (Königsberg 1879), S. 44.
- 47 Zit. nach *Terveen* (wie Anm. 18), S. 64.
- 48 *Wolfgang Menger*, Die Salzburger Emigration nach Ostpreußen 1731/32 – Ein medizinisch-wissenschaftlicher Beitrag zum Umsiedlungsproblem, in: MGSL 98 (1958), S. 128.
- 49 Z. B. durften in dieser Zeit (1736) die Florentiner ihren großen Gelehrten Galileo Galilei, der 100 Jahre zuvor noch von einem Inquisitionsgericht verurteilt worden war, in der Basilika von Santa Croce mit einem würdigen Grabmal ehren (*Friedhelm Büttow*, Der größte Skandal der Christenheit, in: Damals. Das Geschichtsmagazin Nr. 2 [1992], S. 179).
- 50 *Gerhard Florey*, Geschichte der Salzburger Protestanten und ihrer Emigration 1731/32 (Wien–Köln–Graz 1977), S. 172.
- 51 *Menger* (wie Anm. 48), S. 108.
- 52 Zit. nach *Beheim-Schwarzbach* (wie Anm. 46), S. 136 ff.
- 53 Ebd., S. 190. Die Zahlen der beiden Statistiken sind in ihren Summen nicht völlig gleich; für die hier zu treffenden Aussagen sind sie aber hinreichend zuverlässig.
- 54 Zit. nach *Hubatsch* (wie Anm. 37), S. 181.
- 55 Zit. nach *Beheim-Schwarzbach* (wie Anm. 46), S. 198.
- 56 *Horst-Günter Benkmann*, Wege und Wirken – Salzburger Emigranten und ihre Nachkommen (Bielefeld 1988).
- 57 *Terveen* (wie Anm. 18), S. 5.
- 58 Zit. nach *Theodor Krüger*, Die Salzburger-Einwanderung in Preußen mit einem Anhang denkwürdiger Aktenstücke und die Geschichte des Salzburger-Hospitals zu Gumbinnen nebst dem Statute desselben (Gumbinnen 1857), S. 240.

Weitere Literatur

C. Fr. Arnold, Die Vertreibung der Salzburger Protestanten und ihre Aufnahme bei den Glaubensgenossen (Leipzig 1900).

Otto Barkowski, Die Besiedlung des Hauptamtes Insterburg unter Herzog Albrecht und Markgraf Georg Friedrich von Ansbach 1525–1603, in: Prussia. Zs. für Heimatkunde und Heimatschutz, Bde. 28 u. 30 (1928 u. 1933).

Max Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Colonisationen (Leipzig 1874).

Gerhard Florey, Die Salzburger, Bilder aus der evangelischen Vergangenheit und Gegenwart Salzburgs und Ostpreußens (Leipzig o. J.).

Gerhard Gottlieb Günther Göcking, Vollkommene Emigrations-Geschichte von denen aus dem Erz-Biſthum Salzburg vertriebenen und größtentheils nach Preußen gegangenen Lutheranern (Frankfurt–Leipzig 1734).

Hermann Gollub, Die Salzburger Protestanten (Wien–Leipzig 1939).

Sebastian Haffner, Preußen ohne Legende (Hamburg 1979).

Elfi Haver, Zur Kultur der Salzburger Protestanten (Münster 1991), Manuskript.

Hans Hecker u. *Silke Spieler* (Hg.), Deutsche, Slawen und Balten (Bonn 1987).

Walter Hubatsch, Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens, 3 Bände (Göttingen 1968).

Bernhart Jähnig u. *Silke Spieler* (Hg.), Kirchen und Bekenntnisgruppen im Osten des Deutschen Reiches (Bonn 1991).

Karl Käswurm, Die Vertreibung der evangelischen Salzburger und deren Aufnahme in Preußen im Jahr 1732 (Darkemen 1871).

Karl Käswurm, Einige Nachrichten über die Salzburger-Emigranten von 1732 und deren Kolonie in Ostpreußen, in: MGSL 30 (1890).

Eugen Kalkschmidt, Der Soldatenkönig als Landesvater Ostpreußens, in: Zeitwende, Jg. 1932.

Otto Kerschhofer, Die Salzburger Emigration nach Preußisch-Litauen, in: MGSL 116 (1976).

Erwin Krause, Deutschland und Litauen, in: Deutsche Ostkunde, Vierteljahresschrift für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht, Heft 2 (1988), S. 63.

Theodor Krüger, Die Salzburger-Einwanderung in Preußen mit einem Anhang denkwürdiger Aktenstücke und die Geschichte des Salzburger-Hospitals zu Gumbinnen nebst dem Statute desselben (Gumbinnen 1857, Ndr. Göttingen 1975).

Wilhelm Lenkitsch (Hg.), Die Salzburger in Ostpreußen, Festschrift zur 200-Jahrfeier der Einwanderung (Königsberg 1932).

Joachim Lörzer (Hg.), Von der Salzburger Anstalt in Gumbinnen zum Wohnstift Salzburg in Bielefeld (Bielefeld 1980).

Franz Martin, Kleine Landesgeschichte von Salzburg (Salzburg 1979).

Franz Ortner, Reformation, katholische Reform und Gegenreformation im Erzstift Salzburg (Salzburg 1981).

Anton Ritter von Schallhammer, Die Salzburger Kolonie in Litthauen, in: MGSL 2 (1862).

Manfred Schlenke (Hg.), Preußen-Ploetz (Freiburg–Würzburg 1983).

Otto Schwarzien, Bilder aus der Vergangenheit des Kirchspiels Willkischken (Tilsit 1927, Ndr. Hamburg 1973).

Carl Joseph Steiner, Die „Salzburger Schulen“ in Ostpreußen (Langensalza 1910).

Hans-Georg Tautorat, Um des Glaubens Willen. Toleranz in Preußen. Hugenotten und Salzburger (Düsseldorf 1985).

Ernst-Peter Weichbrodt, Zur Aufnahme der Salzburger Emigranten in Preußen, in: Der Salzburger. N. F. Nr. 76 (1982), S. 22.

Friederike Zaisberger (Hg.), Reformation – Emigration – Protestanten in Salzburg, Ausstellungskat. Schloß Goldegg (1981).

Anschrift des Verfassers:
Dipl.-Kfm. Gerhard Brandtner
Wehrhausweg 45
D-53227 Bonn

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitt\(h\)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde](#)

Jahr/Year: 1993

Band/Volume: [133](#)

Autor(en)/Author(s): Brandtner Gerhard

Artikel/Article: [Ostpreußen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und die Ansiedlung der Salzburger Emigranten. 225-260](#)